

Jahresbericht 2021

*Vertreibungen und
Deportation ächten –
Völkerverständigung fördern*

Inhalt

Einleitung	5
1 Veranstaltungen und Termine/Schwerpunkte der Arbeit	7
1.1 Zentrale Veranstaltungen	7
1.1.1 28. August 2021: Zentraler Auftakt zum Tag der Heimat in Berlin.....	7
1.1.2 28. August 2021: Kranzniederlegung am Mahnmal der deutschen Heimatvertriebenen in Berlin	10
1.2 Verständigungs- und bildungspolitische Veranstaltungen	11
1.2.1 14. Oktober 2021: Schicksal und Geschichte der Deutschen aus Russland	11
1.2.2 4. November 2021: Schicksal der Vertriebenen in der DDR.....	12
1.2.3 25. November 2021: Charta der deutschen Heimatvertriebenen und Lastenausgleichsgesetz – Erfolgsgeschichte und Modell?.....	13
1.3 Weitere Termine	16
1.3.1 20. Juni 2021: Nationaler Gedenktag für die Opfer von Flucht und Vertreibung	16
1.3.2 21. Juni 2021: Eröffnung des Dokumentationszentrums FVV.....	17
1.3.3 28. Oktober 2021: Drei Jahrzehnte Aussiedler- und Minderheitenpolitik	19
1.4 Sitzungen der Organe	21
1.4.1 Präsidium.....	21
1.4.2 6. August 2021: Bundesausschuss in Berlin.....	21
1.4.3 27. August 2021: Bundesversammlung in Berlin.....	21
1.5 Ehrungen	23
1.5.1 Ehrenplakette des BdV 2020 an Ministerpräsident Volker Bouffier	23
1.5.2 Ehrenplakette des BdV 2021 an Bundesminister Dr. Gerd Müller	24
2 Aufnahme und Integration	25
2.1 Spätaussiedler	25
2.1.1 Registrierte Spätaussiedler.....	25
2.1.2 Antragszahlen	25
2.1.3 Schlussfolgerungen	25
2.2 Projekte, Beratung, Haupt- und Ehrenamt	26
2.2.1 Projektbetreuung und Koordinierung.....	26
2.2.2 Migrationsberatung	26
2.2.3 Ehrenamtliche Betreuung	27
2.2.4 Seminare für Multiplikatoren im Ehrenamt.....	28

3	Wanderausstellungen	29
3.1	Vorbemerkung	29
3.2	Stationen der Ausstellungen	30
3.2.1	Erzwungene Wege – Flucht und Vertreibung im Europa des 20. Jahrhunderts	30
3.2.2	Angekommen – Die Integration der Vertriebenen in Deutschland.....	30
3.2.3	In Lagern – Schicksale deutscher Zivilisten im östlichen Europa 1941-1955	31
3.2.4	Verschwunden – Orte, die es nicht mehr gibt.....	31
4	Grundsatzfragen, Jugendarbeit, Zeitzeugen.....	33
4.1	Grundsatzfragen	33
4.2	Jugendarbeit	34
4.3	Zeitzeugen.....	34
5	Verständigungs- und Bildungspolitik	37
5.1	Verständigungspolitik	37
5.2	Bildungspolitik.....	38
6	Presse- und Öffentlichkeitsarbeit	39
6.1	Allgemeines.....	39
6.2	DOD – Deutscher Ostdienst.....	39
6.3	Online-Präsenz und Social Media.....	41
7	Zentrale Aufgaben.....	43
7.1	Haushalt und Organisation	43
7.2	Vertriebenen- und spätaussiedlerspezifische Anfragen.....	43
7.3	Datenschutz	44
7.4	Korruptionsprävention.....	44
8	Organe und Mitglieder des Verbandes (Stand: 31. Dezember 2021)	45
8.1	Präsidium	45
8.2	Bundesausschuss	45
8.3	Bundesversammlung.....	46
8.4	Landesverbände	47
8.5	Landsmannschaften	48
8.6	Außerordentliche Mitgliedsverbände.....	50
9	Impressum	51

Einleitung

Gegen Ende des vom Deutschen Reich ausgelösten Zweiten Weltkrieges und danach wurden rund 15 Millionen Deutsche aus ihrer Heimat im damaligen Ostdeutschland sowie in den Siedlungsgebieten in Ostmittel-, Ost- und Südosteuropa vertrieben. Bis heute kamen und kommen außerdem fast fünf Millionen Aussiedler und Spätaussiedler aus diesen Gebieten sowie aus den Nachfolgestaaten der Sowjetunion nach Deutschland.

Der Bund der Vertriebenen – Vereinigte Landsmannschaften und Landesverbände e.V. (BdV) ist der einzige repräsentative Verband, der die fortwährend aktuellen Anliegen dieser Menschen bzw. ihrer Nachkommen in ihrer Gesamtheit vertritt. Daher kommt dem BdV eine herausragende Sonderstellung zu.

Mit dem vorliegenden Jahresbericht dokumentiert der BdV die vielfältigen Aufgabenfelder, in denen er im Jahr 2021 satzungsgemäß und im Zusammenhang mit seinem Leitwort tätig gewesen ist.

„Vertreibungen und Deportation ächten – Völkerverständigung fördern“ lautete dieses Leitwort im Berichtszeitraum.

Vor dem Hintergrund aktuellen Flucht- und Vertreibungsgeschehens weltweit, selbst in der eigenen Geschichte erlebter Flucht und Vertreibung und insbesondere angesichts des 80. Jahrestages des sogenannten Stalin-Erlasses zur Deportation der Wolgadeutschen galt es, damit ein deutliches Zeichen für ein Recht auf die Heimat im Einklang mit den internationalen Menschenrechten und ein gleichermaßen international verankertes wie strafbewehrtes Vertreibungsverbot zu setzen. Ziel dieses Einsatzes muss es bleiben, dass aus der Geschichte die richtigen Lehren gezogen werden

und Menschen nicht immer wieder, oft schuldlos stigmatisiert, zum Spielball machtpolitischer Interessen und ihrer Heimat beraubt werden. Die deutsche Geschichte – und gerade auch die Geschichte der deutschen Heimatvertriebenen und Spätaussiedler und ihrer Verbände im Besonderen – zeigt, dass der Weg dorthin ein immerwährender Prozess der Verständigung auch über Grenzen hinweg ist. Selbst wenn dieses Ziel einst erreicht ist, wird die Arbeit fortgesetzt werden müssen, denn dann wird es gelten, das Erreichte zu sichern.

Das Jahr 2021 stand wie das Vorjahr im Schatten der weltweiten Corona-Pandemie. Erneut waren der Ausbreitungsbekämpfung und dem Gesundheitsschutz der Bevölkerung umfassende Einschränkungen des öffentlichen Lebens geschuldet, die insbesondere in den Monaten von Januar bis Mai und ab Oktober viele Veranstaltungen unmöglich machten. Dies betraf auch zentrale und verständigungspolitische Veranstaltungen sowie die Arbeit des BdV insgesamt. Wie schon 2020 mussten Veranstaltungen auch dann durchgeplant und organisiert werden, wenn sie letztlich nicht stattfinden konnten, zumal die Dauer der Einschränkungen selten sicher bzw. örtlich sehr unterschiedlich gestaltet war. Hinzu kommt eine besondere Rücksichtnahme auf Mitglieder von Risikogruppen, die im BdV von Beginn der Pandemie an galt. Immer wichtiger wurden Video- und Telefonkonferenzen für die Kommunikation mit den Mitgliedern, mit Vertretern der Politik und der Kultur sowie im grenzüberschreitenden Bereich.

Große Aufmerksamkeit fand in dieser Zeit der zentrale Auftakt zum Tag der Heimat des Bundes der Vertriebenen, der am 28. August 2021 – genau am 80. Jahrestag des Deportationserlasses – in Präsenz in Berlin durchgeführt

werden konnte. Als Festredner sprach der Ministerpräsident des Freistaates Bayern, Dr. Markus Söder. Auch die traditionelle Kranzniederlegung an der Ewigen Flamme, dem zentralen Mahnmal der deutschen Heimatvertriebenen am Theodor-Heuss-Platz, konnte wieder stattfinden. Ministerpräsident Söder würdigte den Einsatz der Vertriebenen, die sich trotz ihres schweren Schicksals als Kriegsoffer und trotz der Ablehnung, die ihnen die Mehrheitsgesellschaft entgegengebracht habe, stets für die Zukunft Deutschlands und die Verständigung in Europa eingesetzt haben. Sie hätten „Europa gesichert“ und „für Europa den Friedensnobelpreis verdient“.

Die Festveranstaltung in der Urania Berlin wurde im Hinblick auf die coronabedingten Zuschauerbegrenzungen zeitgleich auf der Internetseite und im YouTube-Kanal des BdV sowie in den sozialen Netzwerken präsentiert.

Inhaltliche Schwerpunkte der Arbeit des BdV blieben:

- Brückenfunktion der Heimatvertriebenen und Spätaussiedler und ihrer Verbände zu den europäischen Nachbarn sowie Verständigung und Austausch mit den/
- Unterstützung der deutschen Minderheiten in den Heimatgebieten.
- Sicherung, Pflege und Weiterentwicklung des kulturellen Erbes der Heimatvertriebenen und Spätaussiedler: Dieses ist integraler Bestandteil des nationalen Kulturerbes aller Deutschen. Daher bleibt es ein gesamtgesellschaftliches Anliegen, die überwiegend in den Gliederungen des BdV tätigen Kulturträger in ihrer Arbeit zu unterstützen.
- Bildungspolitischer Auftrag: Vermittlung von geschichtlichem Wissen zu Flucht und Vertreibung.
- Interessenvertretung der Aussiedler und Spätaussiedler: Hier stehen insbesondere sozialpolitische Fragen wie die Altersarmut, aber auch Fragen der Eingliederung im Fokus. Gerade zur Integration von Spätaussiedlern, aber auch Migranten in unsere bundesdeutsche Gesellschaft leistet der BdV einen wichtigen Beitrag. Die Arbeit vor Ort sowie gestiegene Spätaussiedlerzahlen zeigen, dass es richtig ist, an der Vermutung des pauschalen Kriegesfolgeschicksals der Deutschen aus den Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion festzuhalten.

1 Veranstaltungen und Termine/ Schwerpunkte der Arbeit

1.1 Zentrale Veranstaltungen

1.1.1 28. August 2021: Zentraler Auftakt zum Tag der Heimat in Berlin

„Vertreibungen und Deportation ächten – Völkerverständigung fördern“ lautete das Leitwort des Tages der Heimat des Bundes der Vertriebenen im Jahr 2021.

Diesem Gedanken verpflichtet, kamen unter Einhaltung sämtlicher Corona-Regeln erneut zahlreiche deutsche Heimatvertriebene, Flüchtlinge, Aussiedler und Spätaussiedler – Vertreter der Erlebengeneration und ihre Nachkommen – sowie Partner aus dem Bereich der deutschen Minderheiten, aus Politik, Diplomatie, Kultur und Gesellschaft am 28. August 2021 in der Urania Berlin zusammen. Dr. Bernd Fabritius – tags zuvor zum vierten Mal von den Delegierten der Mitgliedsverbände mit hervorragender Mehrheit zum BdV-Präsidenten gewählt – freute sich, als Festredner den Ministerpräsidenten des Freistaates Bayern, Dr. Markus Söder, begrüßen zu dürfen. Dieser sei „nicht nur ein gern gesehener Gast“, sondern er stehe auch zu den Vertriebenen und sei „durch Bekenntnis einer von uns“.

Zunächst aber sprach der BdV-Präsident selbst – und hielt, so Markus Söder später, eine „sensationelle politische Regierungserklärung“, aus der deutlich wurde, dass Fabritius „mit Leidenschaft, mit Liebe, mit Zukunftsfähigkeit, mit ganz großem Engagement bei der Sache ist“.

„Schutzmauern der Menschlichkeit sichern“

Deutlich wies der BdV-Präsident zu Beginn seiner Rede darauf hin, dass Flucht und

Vertreibung, Deportation, Zwangsarbeit und ethnische Säuberungen gegen Ende und nach dem Zweiten Weltkrieg, dem rund 15 Millionen Deutsche zum Opfer fielen, „niemals ihren Unrechtscharakter verlieren“ würden. Diese Benennung des Unrechts bedeute keine Relativierung der „entmenschlichten und entmenschlichenden Kriegs- und Propagandamaschinerie der Nationalsozialisten mit ihren kaum vorstellbaren Menschheitsverbrechen“ und verschmelze im Engagement des BdV mit der ausgestreckten Versöhnungshand, wie dies bereits die Charta der deutschen Heimatvertriebenen von 1950 zeige. Wahrhafte Erinnerung und Verständigung seien geeignet, den Frieden in Europa zu erhalten und die „Schutzmauern der Menschlichkeit“ zu sichern, auf dass die Vergangenheit sich nicht wiederhole.

„Verständigungspolitik, von der großen politischen Bühne bis hinein ins familiäre Private, ist unverzichtbare Voraussetzung für andauernden Frieden“, so Fabritius wörtlich. Dabei seien Heimatvertriebene und Heimatverbliebene – also die deutschen Minderheiten in Ostmittel-, Ost- und Südosteuropa sowie in den Nachbarstaaten der ehemaligen Sowjetunion – „zwei Seiten ein- und derselben Medaille“.

80 Jahre Stalin-Erlass

Einen Schwerpunkt der Rede des BdV-Präsidenten bildete das Gedenken an das Schicksal der Russlanddeutschen. Auf den Tag genau vor 80 Jahren, am 28. August 1941, hatte Stalin den „unseligen Erlass“ verabschiedet lassen,

aufgrund dessen Hunderttausende deutschstämmige Bürger der Sowjetunion aus ihrer Heimat im Westen des Landes vertrieben und zur Zwangsarbeit in die Verbannung, zumeist nach Sibirien und Kasachstan, deportiert wurden. Zahllose fanden dabei den Tod.

Infolge des Überfalls Nazideutschlands auf die Sowjetunion, aber auch in Kontinuität mit der kommunistischen Minderheitenpolitik war den Russlanddeutschen ganz pauschal Kollaboration vorgeworfen worden. Erst 1964 seien sie teil-rehabilitiert worden. Dennoch blieben sie entwurzelt und Unterdrückte des Sowjetregimes. „Die Deportation“, so Dr. Fabritius, „markiert einen bis in die Gegenwart nachwirkenden Einschnitt in der russlanddeutschen Geschichte. Es ist daher nur folgerichtig, dass Deutschland bis heute ihr Kriegsfolgeschicksal anerkennt und garantiert, dass sie als Deutsche nach Deutschland kommen können“.

Strukturelle Rentenungerechtigkeit beseitigen

Konsequent müssten daher auch die Anliegen der Aussiedler und Spätaussiedler verfolgt werden, unter denen die Beseitigung rentenrechtlicher Benachteiligungen eines der wichtigsten sei. Hier habe mit der Einführung der Grundrente und der Einbeziehung der Fremdentenzeiten ein wichtiger Zwischenerfolg erzielt werden können. Ein weiterer wesentlicher Schritt sei der Beschluss eines Härtefallfonds in Höhe von einer Milliarde Euro auch für Spätaussiedler, der als „ein Meilenstein der Aussiedlerpolitik dieser Wahlperiode und ein immenser Gestaltungsauftrag an die nächste Bundesregierung“ sowie an die Länder verstanden werden müsse.

Eine „strukturelle Beseitigung der Rentenungerechtigkeit“ sei jedoch „leider noch weit entfernt“, weshalb dieses Thema auf der Tagesordnung bleibe, „bis es zu aller Zufriedenheit erledigt ist“, so Fabritius.

Programmatik zur Bundestagswahl

Mit einem Blick auf die bevorstehenden Bundestagswahlen stellte er die Frage, wie es in einer Zeit ausgeprägter Minderheiten-, Identitäts- und Meinungspolitik sein könne, dass die Vertriebenen und Spätaussiedler in der Wahlprogrammatik der meisten im Bundestag vertretenen Parteien „keine Rolle spielen“. Dabei müsse „das Bekenntnis zur deutschen Geschichte in all ihren Facetten (...) parteienübergreifend auch diejenigen ansprechen, die ein besonders schweres Kriegsfolgeschicksal“ zu erleiden hatten. „Vertriebene, Flüchtlinge, Aussiedler und Spätaussiedler sind ein Teil des Querschnitts der Gesamtbevölkerung – und haben den Anspruch, entsprechend wahrgenommen zu werden“, betonte der BdV-Präsident abschließend.

„Ehre und Freude, sprechen zu dürfen“

„Es ist mir eine Ehre und Freude, keine Pflicht (...), heute bei Ihnen sein zu können“, startete der Bayerische Ministerpräsident, Markus Söder, in seine mit zahlreichen persönlichen Erlebnissen und Anekdoten gespickte und den Anliegen wie dem Personenkreis der Vertriebenen und Aussiedler sehr zugewandte Festrede.

Die Geschichte Deutschlands, so Söder, sei mit den „schlimmen Gräueltaten der Nationalsozialisten“ nicht zu Ende. Die Verantwortung für ein „Nie wieder!“ wiege schwer, und eine Abgrenzung nach Rechtsaußen sei daher „Kernbestandteil und Staatsräson unserer Gesellschaft“. Es dürfe aber nicht vergessen werden, dass die Millionen deutschen Heimatvertriebenen ebenso Opfer dieser Politik geworden seien – und deshalb „im Bewusstsein unseres Landes in gleicher Weise verankert“ werden müssten. Hier sei auch die Bildungspolitik und insbesondere der Geschichtsunterricht in der Pflicht.

„Für Europa den Friedensnobelpreis verdient“

Für die Vertriebenen und Spätaussiedler ergebe sich eine besondere Verantwortung Deutschlands allein schon aus der Tatsache, dass sie „Landsleute“ seien, betonte der Ministerpräsident. Heimatverlust und Ankunft – der Aufbau einer neuen Heimat, in der man zunächst vehemente Ablehnung erfuhr – sei ein „in zweifacher Weise schlimmes Schicksal“ gewesen. Umso größer müsse das Verdienst der Vertriebenen bewertet werden, in dieser Situation Vergebung und nicht Rache zum Leitgedanken zu erheben, wie dies mit der Charta der Heimatvertriebenen geschehen sei.

Damit und mit dem deutlichen Bekenntnis zu einem freien, geeinten und friedlichen Europa hätten die Vertriebenen „Europa geschützt“. In Anbetracht ihrer damaligen Lage, der einsetzenden Spaltung Europas in Ost und West sei dies „eine unglaubliche Leistung, und ich ärgere mich jeden Tag, dass bei jeder Friedensnobelpreisverleihung keiner bislang an die deutschen Heimatvertriebenen gedacht hat. Sie hätten für Europa diesen Preis verdient“, stellte Ministerpräsident Söder unter dem Applaus der Anwesenden heraus.

Kultur als Brücke zwischen den Staaten

Neben der Aufbauleistung, der sich die Vertriebenen mit großem Einsatz gestellt und sich dafür Respekt erworben hätten, sei das mitgebrachte Brauchtum eine Bereicherung für die Aufnahmegesellschaft gewesen.

Dieser kulturelle Schatz sei daher einerseits „die Kraftquelle, Neues zu beginnen“. Andererseits komme ihm eine wesentliche Funktion in der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit zwischen Mittel- und Osteuropa zu, da hierdurch klar werde, dass die Heimatgebiete ein gemeinsamer Kulturraum gewesen sind. „Lassen Sie uns daran arbeiten und dabei den Bund

der Vertriebenen als eigentliche Botschafter dafür mit nutzen“, so Söder.

Die Vertriebenen hätten den Boden bereitet für viele diplomatische Erfolge der heutigen Zeit. So sei der intensive Kontakt zwischen der tschechischen Regierung und der bayerischen Landesregierung, der sich gerade während der Corona-Zeit erneut bewährt habe, maßgeblich durch den jahrzehntelangen Einsatz der Sudetendeutschen Landsmannschaft ermöglicht worden.

Finanzielle Rahmenbedingungen verbessern

All dies geschehe „durch unendliche ehrenamtliche Arbeit. Und drum muss es unsere Aufgabe sein – und zwar gesamtpolitisch (...), und dafür stehe ich ein –, dass wir das auf Dauer auch unterstützen. Und dazu gehört eine aktive und bessere finanzielle Ausstattung für Euern Verband, aber auch für die gesamte Vertriebenenarbeit“, würdigte der Bayerische Ministerpräsident das Engagement im Vertriebenenbereich und sicherte Rückhalt auch in finanziellen Fragen zu. Ebenso müsse es Ziel einer Regierung unter CDU/CSU-Führung sein, dass das wichtige Amt des Beauftragten der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten „deutlich aufgewertet wird“. Dieses Amt sei überdies mit Bernd Fabritius „bestens und exzellent besetzt“.

Erinnerung und Zukunft in Einklang bringen

In einem sehr persönlichen Schlusswort zeigte sich Markus Söder nochmals beeindruckt davon, wie so unterschiedliche und gleichermaßen spannende Landsmannschaften und Menschen im BdV den Konsens suchen und wie es immer wieder gelinge, auf Veranstaltungen wie dem Tag der Heimat Erinnerung und Zukunft in Einklang zu bringen. „Ich sage Ihnen meine persönliche, aber auch die politische Verbindung eng zu“, betonte er ein

weiteres Mal und mahnte: „Sie werden wirklich gebraucht. Und in einem sich verändernden Europa, in einer aggressiveren Welt, glaube ich, sind Sie wichtiger denn je.“

Geistliches Wort und Gedenken

Der Beauftragte der Deutschen Bischofskonferenz für die Vertriebenen- und Aussiedlerseelsorge, Weihbischof Dr. Reinhard Hauke, erinnerte in seinem geistlichen Wort daran, dass Vertreibung – aus dem Paradies – schon zu Beginn des Alten Testaments eine große Rolle spiele. Exegetisch betrachtet, sei dieser Text eine „Ursachenforschung“.

„Die Menschen wollten gerne wissen, warum es nicht das Paradies auf Erden gibt und wir Menschen auch mit viel Mühe nur unser Leben in dieser Welt in Frieden und Gerechtigkeit gestalten können.“ Dieses Paradies erreichen zu wollen, habe jedoch meist mit der Hybris geendet, „sein zu wollen wie Gott und selbst bestimmen zu wollen, was gut und was böse ist“. Hierfür seien die Diktaturen des 20.

Jahrhunderts ein gutes Beispiel. Nationalsozialistische und sozialistische Ideen hätten Bürgerinnen und Bürger dazu verführt, „Vertreibungen und Deportationen zuzustimmen, oder sie sogar selbst zu veranlassen“.

Das Leben und Wirken Jesu mahne jedoch, dass „ein gewaltfreier Umgang in Wort und Tat“ vom Menschen mit seinen Mitmenschen erwartet werde. Wem dies auch in finstersten Zeiten gelungen sei und wer für diese Ideale dazu noch gelitten habe, dem setze die Kirche in Selig- und Heiligsprechungen ein besonderes Denkmal, so Weihbischof Hauke.

In diesem Zusammenhang erinnerte er u.a. an den österreichischen Priester Otto Neururer, an den letzten deutschen Bischof von Danzig, Carl Maria Splett, die Heilige Edith Stein oder den Franziskanerpater Maximilian Kolbe.

Im traditionellen Totengedenken des BdV zum Tag der Heimat sprach der Weihbischof den Anwesenden Trost zu.

1.1.2 28. August 2021: Kranzniederlegung am Mahnmal der deutschen Heimatvertriebenen in Berlin

Traditionell ließen die höchsten Staatsämter, die Bundesländer, einige Bundesparteien, die Landsmannschaften und BdV-Landesverbände, der Bund der Vertriebenen, die Bundesstiftung „Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ sowie viele weitere gesellschaftliche Gruppen nach dem zentralen Auftakt zum Tag der Heimat zu Ehren der Toten Kränze am Mahnmal der deutschen Heimatvertriebenen, der „Ewigen Flamme“ auf dem Berliner Theodor-Heuss-Platz, niederlegen.

Worte des Gedenkens sprachen erneut der Berliner Innensenator Andreas Geisel, der Berliner Landesvorsitzende des Bundes der

Vertriebenen, Staatssekretär a.D. Rüdiger Jakesch, sowie BdV-Präsident Dr. Bernd Fabritius.

Innensenator Geisel erklärte, die Vertriebenen hätten die Folgen einer verbrecherischen Politik getragen, die von Nazideutschland ausgegangen war. Dennoch hätten auch die 15 Millionen Opfer von Vertreibungen und rund zwei Millionen Tote „großes Leid und Unrecht erfahren“. Dies dürfe nicht beschönigt oder vergessen werden. Der Fleiß und die Aufbauleistung der in der neuen Heimat Angekommenen habe maßgeblich dazu beigetragen, „dass Deutschland zu einer

Erfolgsgeschichte wurde“. Es gelte, aus der Geschichte die richtigen Lehren zu ziehen und nicht wegzuschauen, „wenn sich vor unserer Haustür humanitäre Tragödien abspielen“. Vielmehr müsse man „sich weltweit für Menschenrechte und Verständigung einsetzen“.

Der BdV-Landesvorsitzende Jakesch, gerade erst von einer Begegnungsfahrt nach Schlesien zurück, betonte, dass auch der Berliner Landesverband enge grenzüberschreitende Kontakte in die verschiedenen Heimatregionen pflege. Den damit verbundenen Erfahrungsschatz könne die Politik viel stärker nutzen. Die Kranzniederlegung finde jährlich statt, „nicht um anzuklagen oder um gegenseitige Schuld aufzurechnen. Das Streben nach Wahrheit gehört zur eigenen geschichtlichen Standortbestimmung. Sich des Vergangenen zu erinnern, erfordert von jedem von uns die

Bereitschaft, aus der eigenen Geschichte zu lernen und die eigene Zukunft zu gestalten. Die Erinnerung nicht zu verdrängen, sondern sie ernst zu nehmen – dies erst schafft den Grundstock für Versöhnung.“

BdV-Präsident Fabritius erinnerte am 80. Jahrestag des sogenannten Stalin-Erlasses ein weiteres Mal an das besonders schlimme Schicksal der Russlanddeutschen. Das Opfergedenken aufnehmend, beklagte er ein vielfach unbekanntes Kapitel der Verbannung – die zum Teil mehr als zehn Jahre währende „unmenschliche Zwangsarbeit in der Trudarmee“. Die Toten dieser Arbeitskolonnen seien nie gezählt worden. Vertreibungen und Deportation seien stets menschenrechtswidrige Verbrechen und mahnen gleichzeitig, „Wege zur Verständigung zwischen den Völkern“ offenzuhalten.

1.2 Verständigungs- und bildungspolitische Veranstaltungen

1.2.1 14. Oktober 2021: Schicksal und Geschichte der Deutschen aus Russland

Im Kreishaus in Vechta wurde die Ausstellung der Stiftung ZENTRUM GEGEN VERTREIBUNGEN „In Lagern – Schicksale deutscher Zivilisten im östlichen Europa 1945-1955“ präsentiert. Im Rahmen dieser Ausstellung wurde in Zusammenarbeit mit der BdV-Bundesgeschäftsstelle eine Begleitveranstaltung durchgeführt, bei der der Fokus auf einen tragischen Jahrestag und auf ein Schicksal gelegt wurde, das nur wenigen bekannt ist.

Vor 80 Jahren, am 28. August 1941, besiegelten die Deportationsdekrete auf Befehl Stalins das Schicksal aller Deutschen in der Sowjetunion. Nach der sogenannten „Großen Säuberung“ der Jahre 1937 und 1938, allein im Zuge derer 55.000 Deutsche erschossen wurden, sollte das Jahr 1941 dann zum vernichtenden Schicksalsjahr von über einer

dreiviertel Million Russlanddeutschen werden. Sie wurden aus den westlichen Gebieten Russlands nach Kasachstan, an den Ural und in die sibirischen Weiten der Sowjetunion deportiert. Ein Jahr später folgte dann die Anordnung zur Zwangsarbeit in der sogenannten „Trudarmee“.

Lilli Bischoff, niedersächsische Landesvorsitzende und stellvertretende Bundesvorsitzende der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland, berichtete in ihrem Vortrag zum Thema „80 Jahre Deportation der Deutschen aus Russland“ von deren tragischem Schicksal. Eindrücklich schilderte Bischoff die damaligen Ereignisse, die Verschleppung in Viehwaggons, die Gewalt, den Hunger, die Angst der Menschen und die Ungewissheit über das Kommende. Nicht nur der Verlust der Heimat

traf die Menschen damals ins Mark, auch die unmenschlichen Lebensbedingungen in der neuen „Heimat“ und die Zwangsarbeit sollten für die Deutschen zur schweren Bürde werden. Keine andere Volksgruppe in der Sowjetunion, so die Referentin, wurde in solch einem Ausmaß physisch ausgebeutet. Die Menschen mussten 13 Stunden am Tag arbeiten, hausten in Erdlöchern und bekamen Abfälle zu essen. Dieses grausame System endete für viele mit dem Tod, denn „ohne Brot keine Arbeit, ohne Arbeit kein Brot“ – ein fataler Teufelskreis. Fast jede deutsche Familie sei durch die Deportationen auseinandergerissen worden. Viele hätten sich in der damaligen Zeit gefragt, warum sie die Rechnung für diesen Krieg bezahlen müssen. Die Verbannung erfolgte zudem auf Lebenszeit, referierte Lilli Bischoff, und das Recht auf Rückkehr in die angestammten Gebiete sei den Russlanddeutschen

schlichtweg aberkannt worden. Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges wurden die Deutschen in der Sowjetunion weiterhin diskriminiert und ausgegrenzt. Bis heute gäbe es keine offizielle Entschuldigung der russischen Regierung für diese Gräueltaten, konstatierte die Referentin. Abschließend gedachte sie nochmals der zahlreichen Opfer der damaligen Zeit und warf einen Blick in die Gegenwart, in der viele der Russlanddeutschen nach Deutschland ausgesiedelt sind, sich gut integriert haben und zu einer Bereicherung unserer Gesellschaft geworden sind.

Im Anschluss an die Veranstaltung fand ein kleiner Stehempfang im Kreishaus für die anwesenden Gäste statt. Bei diesem wurde die Möglichkeit genutzt, sich über den Vortrag auszutauschen, zu diskutieren oder auch vom eigenen familiären Schicksal zu erzählen.

1.2.2 4. November 2021: Schicksal der Vertriebenen in der DDR

Im Rahmen der Ausstellung der Stiftung ZENTRUM GEGEN VERTREIBUNGEN „Angekommen – Die Integration der Vertriebenen in Deutschland“, die für acht Wochen in Falkenberg/Elster gastierte, fand am 4. November 2021 eine von der Bundesgeschäftsstelle mitorganisierte Begleitveranstaltung für Schülerinnen und Schüler der Oberschule Falkenberg zur Situation der deutschen Heimatvertriebenen in der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (DDR) statt. Bürgermeister Stephan Bawey erinnerte zu Beginn der Veranstaltung an Flucht und Vertreibung der Deutschen am Ende und nach dem Zweiten Weltkrieg, wovon auch die Stadt Falkenberg/Elster stark betroffen war. Der Bahnhof war schon damals ein zentrales Drehkreuz und wurde deshalb im April 1945 mit einem Großangriff heftig bombardiert. Der Bahnhof, die umliegenden Gleisanlagen und die Stadt selbst wurden dabei massiv zerstört.

Dennoch wurden hier viele aus dem deutschen Osten ankommende Menschen gesammelt und weiterverteilt. So zählte die Stadt im Jahr 1945 laut Aufzeichnungen 6.331 Einwohner. Trotz der zahlreichen Toten durch Krieg und Bombardierung stieg die Zahl bis zum Jahr 1946 um 1.500 Personen auf 7.831 Einwohner. Der Bürgermeister machte den Schülerinnen und Schülern deutlich, was dies für eine ausgebombte und unterversorgte Stadt bedeutete. Gleichzeitig konstatierte er, dass einige dieser Menschen sich in Falkenberg/Elster niedergelassen hätten und am Wiederaufbau aktiv mitgearbeitet haben. Die Integration dieser Menschen sei daher sehr gelungen und eine Erfolgsgeschichte für die Stadt. Abschließend appellierte er an die Schülerinnen und Schüler, sich im familiären Umfeld umzuhören und sich von noch lebenden Zeitzeugen berichten zu lassen, damit dieses Kapitel der Geschichte nicht in Vergessenheit gerät.

Dr. Vincent Regente, der den im Sommer 2021 erschienenen Sammelband „Vertriebene in SBZ und DDR“ mit herausgegeben hat, knüpfte in der Folge mit seinem Vortrag an die Ausführungen von Bürgermeister Bawey an. Er blickte zunächst auf die deutsche Siedlungsgeschichte im östlichen Europa und die historischen Großereignisse bis zum Zweiten Weltkrieg als kurze Hinführung zum Schwerpunkt seines Vortrags: Der Umgang mit den deutschen Heimatvertriebenen in der ehemaligen DDR.

Schätzungsweise über vier Millionen Vertriebene sind in der damaligen Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) angekommen. Es gab keine Statistik, die die Zahl sowie die Herkunft erfasst hätte. Ein Großteil von ihnen ging weiter nach Westdeutschland. Diejenigen, die blieben, mussten als sogenannte „Umsiedler“ in der DDR über das Widerfahrene schweigen und wurden in die einheimische Gesellschaft assimiliert, da man die sozialistische Schutzmacht Sowjetunion sowie die sozialistischen Nachbarstaaten als direkte Beteiligte

am Unrecht der Vertreibung der Deutschen aus den ehemaligen Ostgebieten nicht ins schlechte Licht rücken wollte.

Dr. Regente führte anschaulich aus, wie es den Menschen damals verboten war – im Gegensatz zu ihren Landsleuten im Westen – sich zu organisieren und wie sich dadurch kreative Ideen für heimliche Zusammenkünfte, etwa bei einem Zoobesuch, entwickelten. Aber auch die Kirchengemeinden boten Raum für Treffen, ebenso wurde das Thema in Kunst und Film subtil verarbeitet. Immer wieder band er die Schülerinnen und Schüler mit ein, fragte Vorkenntnisse ab oder diskutierte mit den Jugendlichen zu einzelnen Thesen seines Vortrags. Zum Schluss seiner Ausführungen gab auch er den Schülerinnen und Schülern mit auf den Heimweg, einen Blick in die eigene Familiengeschichte zu werfen, dort auf die Suche nach Vertreibungsschicksalen zu gehen und sich berichten zu lassen, wie die Verwandten mit der schwierigen Situation in der ehemaligen DDR umgegangen sind.

1.2.3 25. November 2021: Charta der deutschen Heimatvertriebenen und Lastenausgleichsgesetz – Erfolgsgeschichte und Modell?

Am 25. November 2021 führte die BdV- Bundesgeschäftsstelle ein bildungspolitisches Online-Diskussionsgespräch zum Thema „Charta der deutschen Heimatvertriebenen“ und „Lastenausgleichsgesetz“ durch.

Die Charta der Heimatvertriebenen feierte 2020 ihr 70. Jubiläum. Sie ist – wie der ehemalige Bundestagspräsident Prof. Dr. Norbert Lammert einmal formuliert hat – ein „Gründungsdokument der Bundesrepublik Deutschland“. Das Dokument wurde zu einem Sinnbild dafür, wie es gelingen konnte, politischen Fehlentwicklungen vorzubeugen, vorhandene Energien zu kanalisieren sowie friedens- und zukunftsichernd über Grenzen hinweg zu

wirken. Das „Lastenausgleichsgesetz“ trat 1952 als Gesetz zur Entschädigung für Verluste durch den Zweiten Weltkrieg in Kraft. Es gilt als eine der größten Umverteilungsmaßnahmen in einer freien Marktwirtschaft und war entscheidend für die erfolgreiche Integration von Flüchtlingen und Vertriebenen.

In einem Impulsreferat ordnete der Historiker Prof. Dr. Manfred Kittel zunächst die zeitlichen Umstände ein. Um 1950 waren mehr als 7,5 Millionen Heimatvertriebene und Flüchtlinge in Westdeutschland „angekommen“. Davon lebte 1950 rund die Hälfte noch immer in Lagern. Weitere ca. 35 Prozent waren in sogenannten Notwohnungen untergekommen, also etwa in

unbeheizten Dachzimmern oder notdürftig umgebauten Ställen. Rund 40 Prozent der Vertriebenen waren arbeitslos, viele weitere „berufsfremd“ oder als Hilfsarbeiter beschäftigt. Wohnungsbauprogramme steckten noch in den Kinderschuhen. An den Lastenausgleich oder gar eine Vertriebenenengesetzgebung war nur entfernt zu denken. Noch immer hatten die Suchdienste alle Hände voll zu tun, getrennte Familien zusammenzuführen oder Vermisste wiederaufzufinden. Dazu wog es schwer, dass heimatlich, landschaftlich und kulturell verbundene Vertriebene nicht regional beieinander angesiedelt, sondern über ganz Westdeutschland verteilt worden waren.

Insbesondere der letzte Punkt ist mit dem fast unmittelbar nach Kriegsende von den Alliierten verhängten Koalitionsverbot zu sehen, mit dem die Herausbildung von Vertriebenenorganisationen oder -parteien behindert werden sollte. Erst ab ca. 1948 gelang es, dieses Koalitionsverbot etwa mit dem Zusammentritt der Landesflüchtlingsausschüsse aufzuweichen. Nachdem das Verbot dann zurückgenommen wurde, folgte etwa 1949 die Gründung erster landsmannschaftlicher Verbindungen auf Landes- und Bundesebene sowie die Herausbildung zweier Dachverbände: dem Zentralverband der vertriebenen Deutschen (ZvD) und den Vereinigten Ostdeutschen Landsmannschaften (VOL).

Allein dieser kurze Einblick in die 1950 herrschende Gemengelage zeigt, wie explosiv sich die Situation damals noch immer darstellte. Umso wichtiger war, welche Art Signal von der ersten gemeinsamen politischen Willenskundgebung unter der Regie der beiden Dachverbände ZvD und VOL am 5. und 6. August 1950 in Stuttgart ausgehen würde. Öffentlichkeit und Politik des Inlands und in Teilen auch des Auslands sahen dieser Veranstaltung daher mit Spannung entgegen. In einer Situation, in der also alles zu erwarten war, überraschten

die Vertriebenen die deutsche wie die Weltöffentlichkeit mit einer in Sprache, Inhalt und Stil gemäßigten Veranstaltung, in deren Rahmen ein friedienstiftendes, Rechtsverbindlichkeiten suchendes, Engagement forderndes, völkerverbindendes und somit zukunftsweisendes Manifest vorgestellt wurde.

In der Folge dieses Zugeständnisses der Heimatvertriebenen, sich am Wiederaufbau Deutschlands und Europas aktiv zu beteiligen, stehen eine Reihe politischer Maßnahmen, die Grundlage für eine erfolgreiche Integration dieser Menschen spielen sollten.

Ein wichtiger Meilenstein für die Integration der deutschen Heimatvertriebenen und eine Bedingung für die Teilhabe dieser Menschen am deutschen Wirtschaftswunder war das sogenannte Lastenausgleichsgesetz. Mit dem Gesetz wurden sogenannte Ausgleichsämler neu geschaffen, bei denen diese Menschen ihre Verluste angeben konnten. Ein Sonderfonds, der sich aus Zahlungen der vermögendsten Bundesbürger speiste, machte diese Zahlungen möglich. Die Abgabe war zu dieser Zeit beträchtlich: 50 Prozent des Wertes, den das Eigentum zum Zeitpunkt der Währungsreform von 1948 hatte, musste im Zeitraum von 30 Jahren an den Staat abgeführt werden. Die Geschädigten wurden allerdings auch nicht vollumfänglich entschädigt und es wurden nur kleine Vermögen voll ersetzt. Gerade die großen Landbesitze in den ehemaligen deutschen Ostgebieten und verlorene Vermögen über einer Million Mark wurden lediglich mit sechs Prozent entschädigt. Die Ausgleichsämler bewilligten jedoch insgesamt rund 60 Milliarden Euro Entschädigungsleistungen. Die Bundesrepublik bezuschusste die Hälfte dieser Summe aus Steuermitteln.

Als erstes Zwischenfazit konnte konstatiert werden, dass Charta der deutschen Heimatvertriebenen und Lastenausgleichsgesetz für

die damalige Zeit bahnbrechend waren und großen Anteil am erfolgreichen Gelingen der Bundesrepublik Deutschland, an der Integration der Flüchtlinge aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten und am Wiederaufbau Deutschlands hatten.

Auch heute sind diese Themen noch aktuell: Gerade die Charta steht heute, in Zeiten von antieuropäischen und nationalistischen Tendenzen als klares Bekenntnis zu Verständigung, zur europäischen Integration und zur Versöhnung zwischen den Völkern. Sie steht gegen Vertreibungen weltweit, die es leider auch in der heutigen Zeit wieder verstärkt zu beobachten gibt.

Nach diesem inhaltlichen Impuls von Prof. Kittel fand eine Einordnung der jeweiligen Institutionen „Charta“ und „Lastenausgleichsgesetz“ statt. Im ersten Teil der Diskussion mit BdV-Präsident Dr. Bernd Fabritius wurden die Charta und der Lastenausgleich als Erinnerungsorte debattiert, wobei auch der Frage nachgegangen wurde, ob ein Erinnerungspolitische Konsens dazu in Deutschland besteht.

Es stellte sich heraus, dass es eine deutlich unterschiedliche Wahrnehmung dazu gab und gibt. Die Betroffenen sahen ihr Schicksal und ihr Leid im Verhältnis zu den Maßnahmen der Bundesrepublik Deutschland in einem anderen Licht, als dies von der Mehrheitsbevölkerung gesehen wurde. Schließlich wurde der Rahmen der Debatte auf die fortlaufende Geschichte – über die neue Ostpolitik Willy Brandts, die

deutsche Wiedervereinigung bis auf die europäischen Nachbarn in der heutigen Zeit erweitert.

Im zweiten Teil der Diskussion wurde beleuchtet, inwieweit Tradition als Voraussetzung für gesellschaftlichen Fortschritt dienen kann. Dabei wurden zunächst Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen deutschen Heimatvertriebenen und Spätaussiedlern auf der einen und heutigen Flüchtlingen und Asylbewerbern auf der anderen Seite in den Fokus der Debatte gerückt. Zentrale Aspekte einer gelungenen Integration wie Zugang zum Arbeitsmarkt wurden auf verschiedenen Ebenen diskutiert, ebenso die Rolle von Selbstorganisationen der Betroffenen damals und heute. Im weiteren Verlauf wurden dann die Bereiche Sozialsysteme, Wirtschaft und Völkerverständigung/Heimatrecht skizziert und aktuelle Bezüge hergestellt. So wurde z.B. die Frage debattiert, ob der Lastenausgleich als Blaupause zur Bewältigung der Corona-Krise dienen kann. Ebenso gingen die Diskutanten darauf ein, was die Erfahrungen aus der Charta für heute lehren und wie ein zeitgemäßer Einsatz für das Menschenrecht auf Heimat heute aussieht.

Während der gesamten Veranstaltung wurden Zuschauerfragen in die Diskussion einbezogen, die per Chatfunktion oder E-Mail eingereicht wurden. Die gesamte Veranstaltung ist auf dem YouTube-Kanal des BdV dokumentiert und kann dort von Interessierten nach wie vor abgerufen werden.

1.3 Weitere Termine

1.3.1 20. Juni 2021: Nationaler Gedenktag für die Opfer von Flucht und Vertreibung

Jährlich am 20. Juni gedenkt die Bundesregierung der Opfer von Flucht und Vertreibung weltweit sowie insbesondere der deutschen Vertriebenen. Der nationale Gedenktag für die Opfer von Flucht und Vertreibung 2021 stand erneut unter dem Zeichen der Corona-Pandemie. Ohne die gewohnten Zeitzeugen oder weitere Gäste kamen die Redner in den Bolle Festsälen in Berlin zusammen, wohin der Bundesminister des Innern, für Bau und Heimat, Horst Seehofer, zur Gedenkstunde eingeladen hatte. Neben Seehofer sprachen die Präsidentin des Deutschen Roten Kreuzes, Gerda Hasselfeldt, der Leiter des Kommissariats der deutschen Bischöfe, Prälat Dr. Karl Jüsten, und traditionell der Präsident des Bundes der Vertriebenen, Dr. Bernd Fabritius. Das deutsch-polnische Jugendorchester sorgte für die musikalische Untermalung des live ins Internet übertragenen Gedenkens.

Horst Seehofer betonte, der Gedenktag sei zwar „noch sehr jung“, aber „richtig“ und „das Geschehen schon deshalb erinnerungswürdig, weil das Ausmaß von Flucht und Vertreibung so groß war, dass es ein einschneidendes, trauriges Ereignis der deutschen Geschichte mit unumkehrbaren Langzeitfolgen darstellt“. Dabei werde nicht vergessen, dass das Schicksal der Vertriebenen im Kontext der von Deutschland begangenen Verbrechen stehe. „Ihr Leid wird dadurch aber nicht relativiert. Umgekehrt wird das Leid der Opfer des NS-Regimes durch diesen Gedenktag genauso wenig relativiert. Es gibt keine Aufrechnung des Leids“, so der Bundesinnenminister.

Die Vertriebenen seien Träger eines ausgeprägten Heimatbewusstseins und hätten „mit

Pioniergeist, Eifer und beharrlicher Kraft die Erfolgsgeschichte der Bundesrepublik“ mitgestaltet. Außerdem hätten sie sich, gemeinsam mit den deutschen Minderheiten in den Nachbarstaaten, entscheidend als „Brückenbauer für die europäische Einigung“ eingesetzt. „Um es klar zu sagen: Der gewaltsame Heimatverlust war und ist ein unmenschliches, schweres Verbrechen. Wir haben aus der Geschichte gelernt. Der heutige Gedenktag verbindet die Vergangenheit mit der Gegenwart und macht unser Handeln fest für die Zukunft“, mahnte Bundesinnenminister Seehofer abschließend.

„Die Wege der Heimatvertriebenen mit all ihren schmerzvollen Herausforderungen und Erfahrungen prägen die Bundesrepublik Deutschland nach wie vor“, erklärte Prälat Jüsten und leitete daraus eine besondere Verantwortung für die heute von Flucht und Vertreibung betroffenen Menschen ab. Die Geschichte lehre, das individuelle Schicksal im Blick zu behalten, um Grundprinzipien wie die Menschenwürde oder den Schutz der Familie zu erhalten.

Gerda Hasselfeldt verdeutlichte zu Beginn ihrer Rede, dass Flucht und Vertreibung „immer verbunden mit unermesslichem menschlichen Leid“ seien. Dieses Leid zu lindern und Flucht und Vertreibung zu verhindern, sei eine humanitäre Pflicht, der sich das DRK von Beginn an, aber insbesondere nach dem Zweiten Weltkrieg mit der Gründung seines Suchdienstes gestellt habe. Hunderttausende Familienzusammenführungen seien gelungen. Die Protokollberichte der damaligen Zeit sprächen auch heute noch eine deutliche Sprache. Vor dem Hintergrund dieses Leids sei es umso

wichtiger, dass die Betroffenen ihr Selbstverständnis in der Charta der Heimatvertriebenen niedergelegt haben: „Mit diesem Verzicht auf Rache und Vergeltung haben die deutschen Heimatvertriebenen einen großartigen historischen Beitrag zur Aussöhnung und zur Einigung Europas geleistet. Auch dessen sollten wir uns an einem Tag wie diesem bewusst sein“, so Hasselfeldt.

Erfrorene Kinder und Erwachsene, Fliegerangriffe auf die Flüchtlingszüge über das Frische Haff, verendete Tiere: In seinem Schlusswort ließ BdV-Präsident Bernd Fabritius einen

Zeitzeugen aus dem ostpreußischen Osterode zu Wort kommen, der als Kind mit seiner Familie vor der Roten Armee flüchtete. Die schrecklichen Bilder hätten sich ihm ein Leben lang eingeprägt.

Fabritius mahnte: „Wir müssen uns an vergangenes und gegenwärtiges Leid erinnern, und wir müssen unseren Anspruch auf Menschlichkeit formulieren und in Gegenwart und Zukunft durchsetzen.“ Es gelte, nie zu vergessen: „Jede Vertreibung, jede ethnische Säuberung – gleichgültig wo, wann und mit welcher Begründung – ist immer ein Verbrechen.“

1.3.2 21. Juni 2021: Eröffnung des Dokumentationszentrums Flucht, Vertreibung, Versöhnung

Am 21. Juni 2021 wurde, knapp acht Jahre nach dem symbolischen Baubeginn im Juni 2013, das Dokumentationszentrum der Bundesstiftung „Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ in virtueller Anwesenheit von Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel eröffnet. Neben der Bundeskanzlerin sprachen beim Festakt Staatsministerin Prof. Monika Grütters, als Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien (BKM) auch Stiftungsratsvorsitzende, Stiftungsdirektorin Dr. Gundula Bavendamm sowie die 92-jährige Zeitzeugin Christine Rösch, vertrieben im März 1946 aus Neutitschein in Nordmähren.

Unter den coronabedingt handverlesenen Gästen waren u.a. Alt-Bundespräsident Dr. h.c. Joachim Gauck und Bundestagspräsident Dr. Wolfgang Schäuble sowie die Botschafter Polens, Tschechiens und Ungarns, Prof. Dr. Andrzej Przyłębski, Dr. Tomáš Kafka und Dr. Péter Györkös. Ebenso anwesend waren Grütters' Amtsvorgänger Bernd Neumann, gebürtig 1942 aus Elbing in Westpreußen, der Gründungsdirektor der Bundesstiftung, Prof. Dr. Manfred Kittel, und der ehemalige

Bundestagsvizepräsident Wolfgang Thierse, selbst noch 1943 in Breslau geboren. Der Bund der Vertriebenen war durch seinen Präsidenten, Dr. Bernd Fabritius, sowie durch die Stiftungsratsmitglieder Stephan Grigat, Christian Knauer, Iris Ripsam und Johann Thießen vertreten. Auch Stephan Mayer, Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesinnenministerium, wohnte als Stiftungsrat seitens der CDU/CSU-Bundestagsfraktion dem Festakt bei. Als 1931 im südmährischen Leipertitz geborener Zeitzeuge und Vorsitzender der Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen war außerdem Reinfried Vogler eingeladen.

„Wichtigster Baustein der Erinnerungslandschaft“

BdV-Präsident Fabritius hatte im Vorfeld erklärt, mit dem Dokumentationszentrum sei „der wichtigste der bislang fehlenden Bausteine in der Erinnerungs- und Gedenkstättenlandschaft der Hauptstadt“ eröffnet worden. Dies sei ein weiterer Schritt, „diese Schicksale aus dem Erinnerungsschatten zu holen, in dem sie insbesondere deshalb gelegen haben, weil die Verantwortung für den

von Nazi-Deutschland ausgegangenen Zweiten Weltkrieg, den Zivilisationsbruch des Holocausts oder die Millionen Opfer deutscher Besatzungsherrschaft die Anteilnahme mit deutschen Opfern dieser Zeit erschweren“. Die Einbettung in den historischen Kontext sowie in andere Flucht- und Vertreibungsgeschehen erkannte Fabritius als eine Chance für jeden Besucher zu erkennen, „wie groß die Gefahren immer wieder zu beobachtender Kreisläufe von Rache und Gewalt gerade im Fall von Vertreibungen und ethnischen Säuberungen sind“. Daher blieben die zweifelsfreie Anerkennung des Heimatrechtes als Menschenrecht sowie die Einführung eines internationalen Vertreibungsverbotes zwei der wichtigsten Anliegen des BdV.

„Lange zu wenig wahrgenommene Wahrheit“

Staatsministerin Grütters setzte als erste Rednerin den Ton – und begann mit einem Zitat des ehemaligen Bundesinnenministers Otto Schily vom Tag der Heimat des BdV 1999: „Der geschichtlichen Wahrheit müssen wir uns stellen. (...) Wir dürfen den Blick nicht um der einen oder der anderen politischen Bequemlichkeit willen oder aus dem einen oder anderen politischen Interesse (...) von der Wahrheit abwenden oder ihr auszuweichen versuchen, weil das nicht in unser vorgefasstes Wahrnehmungsmuster passt.“ Die Staatsministerin ergänzte, dass sich Deutschland mit dem neuen Dokumentationszentrum nun einer lange zu wenig wahrgenommenen Wahrheit stelle: „dem unermesslichen und millionenfachen Leid in Folge von Flucht und Vertreibung im und nach dem von Deutschland entfesselten Zweiten Weltkrieg“. Es sei wichtig, dass „individuelle Leidensgeschichten von Heimatverlust und Entwurzelung (...) einen historisch wie politisch angemessenen Platz bekommen“. Eine gemeinsame europäische Erinnerungskultur könne nur darin bestehen, „der Vielstimmigkeit der Erinnerungen Gehör zu verschaffen und im

Sinne eines Erinnerungsaustauschs zu einer gemeinsamen Auseinandersetzung mit der Vergangenheit, zu Verstehen und Verständigung zu finden“, schloss Grütters mit einem Blick auf konkurrierende nationale Narrative in Europa und die Herausforderungen der Stiftungsarbeit.

„Flucht und Vertreibung der Deutschen war Unrecht“

Daran konnte Dr. Gundula Bavendamm anschließen, indem sie sowohl Aufbau und Inhalte der Dauerausstellung skizzierte als auch auf Bedingungen hinwies, unter denen die „Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ entstanden war. Als Initiatoren schloss sie dabei Erika Steinbach und Peter Glotz mit in die Entstehungsgeschichte ein. Im Zusammenhang mit der Schwerpunktsetzung auf Flucht und Vertreibung der Deutschen erklärte sie: „Eines ist klar: Ohne die nationalsozialistische Vertreibungs- und Vernichtungspolitik hätten nicht 14 Millionen Deutsche (...) ihre Heimat verloren. Das ändert allerdings gar nichts daran, dass auch ihre Vertreibung durch die Alliierten und die ostmitteleuropäischen Staaten infolge des Zweiten Weltkrieges ein Unrecht war.“ Dieses Unrechtsprinzip gelte auch für die Kontextualisierung durch andere Vertreibungsvorgänge, wodurch außerdem sichtbar werde, dass „Zwangsmigration“ – so laut Bavendamm der wissenschaftliche Begriff – bis in die Gegenwart menschliches Leid verursache. Dies veranschaulichte sie mit der Schilderung mehrerer sehr unterschiedlicher, jedoch in der Flucht- bzw. Vertreibungserfahrung ähnlicher Schicksale aus verschiedenen Zeiten und mit unterschiedlicher geografischer Herkunft.

Vertreibung mit 40 Kilo Gepäck

An diese Schilderungen anknüpfend, folgte ein bewegender Zeitzeugenbericht von Christine Rösch, die aus der zeitlichen Entfernung eines Dreivierteljahrhunderts auf ihre Vertreibung,

auf das Wiedersehen mit ihrer Mutter nach über einem Jahr der Trennung und auf ihre Ankunft in Bayern blickte. Heimatliebe und -sehnsucht hätten sie nie losgelassen, in einem langjährigen Hobby, dem Trachtentanz, Ausdruck gefunden – und über die Begegnung mit einer tschechischen Tanzgruppe zu einer viele Jahre währenden Freundschaft geführt. Fast im Nebensatz erwähnte Rösch, dass die Geschichte ihrer eigenen Familie im Nordmährischen bis ins 16. Jahrhundert zurückreichte und mit „pro Person 40 Kilo Gepäck“ ihr Ende fand.

Dem Gedenken Raum geben

„Niemand kann besser als Sie, liebe Zeitzeugen, vermitteln, was geschehen ist. Sie wissen, wie es war, unter zum Teil lebensbedrohlichen Umständen fliehen zu müssen. Sie wissen, was es bedeutete, aus der Heimat vertrieben zu werden und diesen Verlust ein Leben lang zu tragen“, betonte die per Bildschirm zugeschaltete Bundeskanzlerin Angela Merkel und sprach die anwesenden Zeitzeugen damit direkt an. Deren Berichte würden dazu beitragen, dass die Dimensionen des Erlittenen nicht abstrakt blieben und die Erinnerung an vergangenes Leid wachgehalten würden – mit dem Ziel, aus der Geschichte die richtigen Lehren für die Zukunft zu ziehen. Dabei sei der geschichtliche Kontext entscheidend: „Ohne den

von Deutschland im Nationalsozialismus über Europa und die Welt gebrachten Terror, ohne den von Deutschland im Nationalsozialismus begangenen Zivilisationsbruch der Shoah und ohne den von Deutschland entfesselten Zweiten Weltkrieg wäre es nicht dazu gekommen, dass zum Ende des Zweiten Weltkriegs und danach Millionen Deutsche Flucht, Vertreibung und Zwangsumsiedlung erleiden mussten.“ Ebenso deutlich erklärte Merkel, deren Mutter aus Danzig stammte und die in der DDR aufgewachsen war, dass das Ende von Flucht und Vertreibung nicht immer das Ende des Leids bedeutete: „In der DDR hatten Vertriebene über ihr Schicksal gleich ganz zu schweigen, aber auch in der früheren Bundesrepublik wurde das Thema lange Zeit in der Öffentlichkeit weitgehend ausgeblendet.“ Dies alles gelte es aufzuarbeiten. Abschließend würdigte die Bundeskanzlerin Stiftung und Dokumentationszentrum in ihrer Entstehungsgeschichte und sparte dabei auch die frühere BdV-Präsidentin Erika Steinbach als Ideengeberin für das „Sichtbare Zeichen“ nicht aus. In ihren Dank an die konkret am Stiftungsaufbau Beteiligten schloss sie ausdrücklich auch die Vertreter des Bundes der Vertriebenen im Stiftungsrat ein. Gemeinsam sei es gelungen, „dem Gedenken an Flucht und Vertreibung mit einem sichtbaren Ort in unserer Hauptstadt einen angemessenen und notwendigen Raum in unserer Erinnerungskultur zu geben“.

1.3.3 28. Oktober 2021: Drei Jahrzehnte Aussiedler- und Minderheitenpolitik eine Erfolgsgeschichte im Fokus

Multiperspektivisch und konstruktiv diskutiert sowie Zukunftsaussichten eröffnend: So stand am 28. Oktober 2021 die Aussiedler- und Minderheitenpolitik Deutschlands – und damit laut Veranstaltungstitel „eine Erfolgsgeschichte“ – im Fokus einer Online-Konferenz der Deutsche Gesellschaft (DG). Der Bund der Vertriebenen (BdV) stand der DG bei dieser Tagung als

Projektpartner zur Seite. Als Förderer waren das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (BMI), das Nordost-Institut an der Universität Hamburg (IKGN) und die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien (BKM) mit an Bord. Der Aussiedler- und Minderheitenbeauftragte der Bundesregierung, Prof. Dr. Bernd Fabritius, erläuterte

in einem Statement sowohl einige historische Vorbedingungen als auch die Positionen der Bundesregierung. So erinnerte Fabritius daran, dass bereits 1949 das Ministerium für die Angelegenheiten der Vertriebenen gegründet wurde. Dessen Arbeit habe insbesondere in der Gesetzgebung die maßgeblichen politischen Weichenstellungen vorgenommen, die sich auf die Aussiedlerpolitik nach dem Fall des Eisernen Vorhanges und bis heute auswirkten. Es gebe also eine Verantwortungskontinuität, der bislang jede Bundesregierung gerecht geworden sei und die sich auch in den Statistiken ausdrücke. Seit den 1950er Jahren seien mehr als 4,5 Millionen Aussiedler und Spätaussiedler in Deutschland aufgenommen worden, und auch unter den erschwerten Bedingungen der Corona-Pandemie bleibe die Rückkehr in die Heimat der Vorfahren möglich. Eines der wichtigsten aktuellen Themen sei die Beseitigung personengruppenspezifischer Benachteiligungen der Aussiedler und Spätaussiedler im Rentenrecht – und damit der Einsatz gegen Altersarmut auch in diesen Gruppen.

Diese Themen vertiefte anschließend Albina Nazarenus-Vetter, die als stellvertretende Bundesvorsitzende der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland (LmDR) in den ersten Themenblock – „Erfolge und aktuelle Entwicklungen“ – einführte und sich dann in einem virtuellen Podium mit Bernd Fabritius, IKGNDirektor Prof. Dr. Joachim Tauber sowie Martin Dzingel, dem Präsidenten der Landesversammlung der deutschen Vereine in Tschechien, darüber austauschte. Nazarenus-Vetter brachte dabei zusätzlich u.a. das Thema Anerkennung mitgebrachter Berufs- und Bildungsabschlüsse im Aussiedlerbereich zur Sprache und sah auch hier eine Verantwortung der Bundesregierung. Martin Dzingel erläuterte die Situation der Deutschen in Tschechien und sprach über z.T. sehr positive Entwicklungen sowohl im Hinblick auf die Anerkennung als auch auf die Förderung im Heimatland.

„Von Tondern über Eupen nach Bozen“

Der zweite Themenblock wartete mit einem besonderen Einführungsvortrag auf. Prof. Dr. Jørgen Kühl, Vorstandsvorsitzender des European Centre for Minority Issues (ECMI), Professor am Friesischen Seminar der Europa-Universität Flensburg, stellte die Entwicklung in Süd- und Nordschleswig dar und präsentierte interessante, aus der Schul- und Bildungssituation vor Ort abgeleitete Thesen. Daniel Alfreider, Vizepräsident der Föderalistischen Union Europäischer Nationalitäten (FUEN) und Landeshauptmann-Stellvertreter der Autonomen Provinz Bozen-Südtirol, berichtete aus Südtirol, Jasper Andresen, Erster Vorsitzender des Deutschen Jugendverbandes für Nordschleswig, und Jan Diedrichsen, ehemaliger Bundesvorsitzender der Gesellschaft für bedrohte Völker, berichteten über ihre Erfahrungen im Nordschleswiger Grenzland.

„Perspektive einer europäischen Regulierung“

Mit einem Impuls zur Entstehung und zur Wirkung der „Minority Safepack Initiative“ (MSPI) führte Dr. Angelika Mlinar, Vizepräsidentin der FUEN und ehemalige Ministerin der Republik Slowenien für Entwicklung und Europäische Kohäsionspolitik, in den dritten Themenblock ein. In der virtuellen Diskussion zwischen der FUEN-Vizepräsidentin und Hartmut Koschyk, dem ehemaligen Beauftragter der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten und stellvertretenden Vorsitzenden der DG, Nikolaus von Peter, dem politischen Referenten bei der Vertretung der Europäischen Kommission in Deutschland, und Dotschy Reinhardt, der Vorsitzenden des Landesrats Deutscher Sinti und Roma Berlin Brandenburg, zeigten sich sehr unterschiedliche Sichtweisen auf die rechtlichen Rahmenbedingungen und Möglichkeiten von Minderheitenpolitik.

1.4 Sitzungen der Organe

1.4.1 Präsidium

Die Arbeit des Präsidiums des Bundes der Vertriebenen stand 2021 erneut unter den Vorzeichen der Corona-Pandemie. Auf vier, z.T. als Videokonferenz bzw. hybrid durchgeführten – Sitzungen besprach das BdV-Präsidium aktuelle sowie anstehende Arbeitsschwerpunkte sowie Anliegen des Gesamtverbandes.

Dabei blieb die Steuerung des Verbandes, gerade im Bereich der grenzüberschreitenden Verständigung, in der Corona-Krise und den damit verbundenen Einschränkungen des öffentlichen Lebens eine besondere Herausforderung. Im Fokus der Arbeit standen auch die Wahlen zum Deutschen Bundestag am 26. September 2021. Das Präsidium forderte die Parteien im Wahlkampf schriftlich auf, die

Anliegen der Vertriebenen, Aussiedler und Spätaussiedler sowie der deutschen Minderheiten in den Heimatgebieten in ihre Programme sowie in die Regierungsarbeit aufzunehmen. Dabei betonte das Präsidium den Beitrag des BdV und seiner Gliederung sowie der Vertriebenen und Spätaussiedler insgesamt zum Brückenbau in Europa, wünschte noch deutlichere Akzente in der Erinnerungs-, Bildungs- und Kulturpolitik, forderte ein Festhalten an der Vermutung eines besonderen Kriegsfolgenschicksals für die repräsentierten Menschen, mahnte eine Lösung für die Altersarmut von Aussiedlern und Spätaussiedlern an und setzte sich für einen Ausbau der Unterstützung der Minderheiten in ihrem Kampf um Identität, Sprache und Kultur ein.

1.4.2 6. August 2021: Bundesausschuss in Berlin

Am 6. August 2021 fand in der Hessischen Landesvertretung in Berlin die jährliche Sitzung des Bundesausschuss' des Bundes der Vertriebenen statt. Dabei wurde intensiv über aktuelle Themen und Arbeitsfelder des Verbandes und seiner Mitglieder, insbesondere über die verständigungspolitischen Aktivitäten, den erinnerungspolitischen Einsatz sowie die Spät-

aussiedlerintegration gesprochen. In der Vorausschau auf die Wahlen zum Deutschen Bundestag am 26. September 2021 wurde unter dem Titel „Zukunftssichere Förderung für Vertriebene, Aussiedler und deutsche Minderheiten“ ein Entschließungsantrag an die Bundesversammlung auf den Weg gebracht.

1.4.3 27. August 2021: Bundesversammlung in Berlin

Am 27. August 2021 wurde auf der Bundesversammlung des Bundes der Vertriebenen in Berlin ein neues Präsidium gewählt. Dabei wurde der bisherige Präsident, Dr. Bernd Fabritius, mit hervorragenden 94,5 Prozent der Delegiertenstimmen wiedergewählt. Fabritius, der aus

Siebenbürgen stammt, trat damit seine vierte Amtszeit an.

Zu Vizepräsidenten wurden gewählt: Stephan Grigat, Raimund Haser MdL, Christian Knauer, Stephan Mayer MdB, Egon Primas und Johann Thießen.

Zu weiteren Mitgliedern des Präsidiums wurden gewählt: Rita Hagl-Kehl MdB, Milan Horáček, Steffen Hörbler, Siegbert Ortman, Brunhilde Reitmeier-Zwick und Editha Westmann MdL. Die Präsidentin des Frauenverbandes im BdV, Dr. Maria Werthan, gehört kraft Amtes dem Präsidium an.

Auch zukünftig wird Arbeit und Zusammensetzung des Präsidiums somit die Vielfalt des Gesamtverbandes widerspiegeln. Außerdem ist erneut deutlich geworden, dass Erinnerungs- und Verantwortungstransfer innerverbandlich bereits gelungen sind.

Aufbruchstimmung ging vom Arbeitsbericht des Präsidenten aus, der sich gemeinsam mit den Delegierten freute, dass unter Einhaltung sämtlicher Corona-Auflagen Begegnung und Austausch der Delegierten nun „beim dritten Anlauf endlich wieder möglich“ sei. Einen der inhaltlichen Schwerpunkte setzte Dr. Fabritius im Hinblick auf die bevorstehende Bundestagswahl. So gelte es für jede demokratische Partei, die Anliegen der deutschen Heimatvertriebenen, Flüchtlinge, Aussiedler und Spätaussiedler sowie der deutschen Minderheiten in den Heimatgebieten in ihre politische Arbeit einzubeziehen. Hierzu fasste die Bundesversammlung des Bundes der Vertriebenen einstimmig eine Entschließung.

Sie forderte die Parteien darin auf, die Anliegen der deutschen Heimatvertriebenen, Flüchtlinge, Aussiedler und Spätaussiedler und ihrer Verbände als Teil der bundesdeutschen Gesellschaft sowie die der deutschen Minderheiten in deren Heimatgebieten weiterhin in ihrer politischen Arbeit zu berücksichtigen bzw. diese mit in ihre politische Arbeit einzubeziehen.

„Siedlungs- und Schicksalsgeschichte der Deutschen in Ostmittel, Ost- und Südosteuropa sowie Flucht und Vertreibung der Deutschen

aus den historischen deutschen Ost- und Siedlungsgebieten und die aus diesem Gesamtkomplex erwachsenen politischen und gesellschaftlichen Zusammenhänge sind ein prägender Teil unserer gesamtdeutschen Geschichte und Erinnerungslandschaft. Der erinnerungs- und der grenzüberschreitende verständigungspolitische Einsatz sowie der lebendige Kulturerhalt durch die Kulturträger und ihre Verbände, durch nachkommende Generationen und durch eine Vielzahl an Menschen, die sich diesem kulturellen Erbe aus Überzeugung verpflichtet fühlen, sind daher gesamtgesellschaftlich relevante Anliegen, die eine zukunftssichere Förderung benötigen.

Gerade die Bundesförderung der Vertriebenen-Kulturarbeit nach § 96 des Bundesvertriebenen- und Flüchtlingsgesetzes hat daran einen wesentlichen Anteil. Hier gilt es, den partizipativen Ansatz weiter zu stärken sowie sämtlichen geförderten Institutionen, insbesondere der Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen, eine dauerhafte Perspektive zu bieten. Kultur- und Erinnerungsarbeit muss in ihrer gesamten Vielfalt, von den zentralen Erinnerungsorten hervorgehobener Relevanz bis hin zu den lokalen Kleingruppen vor Ort, Wertschätzung und Förderung erfahren. Dezentrale Strukturen sind ein wesentliches Merkmal in der Arbeit der deutschen Vertriebenen und ihrer Verbände. Angesichts der besonderen Geschichte und des Kriegsfolgeschicksals der Russlanddeutschen müssen zukünftige Bundesregierungen auch an der gesetzlich garantierten Aufnahme von Spätaussiedlern festhalten. Diese Volksgruppe wurde vor 80 Jahren, nach dem Überfall der Nationalsozialisten auf die Sowjetunion, aufgrund ihrer Volkszugehörigkeit unter Generalverdacht gestellt und stellvertretend in Haftung genommen. Hunderttausende haben durch Verbannung und Deportation, Trudarmee und Zwangsarbeit aufgrund des sogenannten Stalin-Erlasses bis weit nach dem

Zweiten Weltkrieg ihre Heimat und vielfach ihr Leben verloren. Bis heute wirken diese Ereignisse nach, zumal die Russlanddeutschen von Russland nach wie vor nicht vollständig rehabilitiert wurden. Bis heute nutzen Jahr für Jahr viele Russlanddeutsche die Möglichkeit, als Spätaussiedler und somit als Deutsche nach Deutschland zu übersiedeln.

Mit ihrer Eingliederungsbereitschaft, ihrem Fleiß und ihren Familienstrukturen sind sie ein wirtschaftlicher, kultureller und demografischer Gewinn für unser Land. Daher ist es ein Gebot der Gerechtigkeit, rentenrechtliche Benachteiligungen endlich zu beseitigen und gesetzliche Regelungen dahingehend zu verbessern, dass auch Aussiedlern und Spätaussiedlern in Deutschland trotz langer und harter Erwerbsbiografien beim Renteneintritt nicht automatisch Grundsicherung und Altersarmut drohen. Darüber hinaus brauchen die zu uns Kommenden eine verlässliche Zusage, dass

sie auch weiterhin in ihrem Bemühen unterstützt werden, in Deutschland heimisch zu werden. Eine besondere Verpflichtung hat Deutschland außerdem für deutsche Minderheiten in unseren östlichen Nachbarländern sowie in den Nachfolgestaaten der Sowjetunion. Die dort lebenden Deutschen sind das verständigungspolitische Gegenstück zu den Vertriebenen und Spätaussiedlern in Deutschland und natürliche Erben einer oft jahrhundertalten Kultur- und Siedlungsgeschichte.

Daher ist es uns wichtig, dass diese Minderheiten weiterhin in ihrem Sprach- und Kulturerhalt gefördert und stärker in die Auswärtige Kulturpolitik einbezogen werden. In all diesen Anliegen war und ist das Amt des Beauftragten der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten stets ein wichtiger und kompetenter Ansprechpartner. Daher setzen wir uns für den Fortbestand und die Stärkung dieses Amtes ein.

1.5 Ehrungen

1.5.1 *Ehrenplakette des BdV 2020 an Ministerpräsident Volker Bouffier*

Am 26. November 2021 wurde der Hessische Ministerpräsident, Volker Bouffier, in der Hessischen Landesvertretung in Berlin mit der Ehrenplakette des Bundes der Vertriebenen für das Jahr 2020 ausgezeichnet.

Damit folgte das BdV-Präsidium seinem einstimmigen Beschluss aus dem Jahr 2020, dessen Umsetzung coronabedingt leider mehrfach verschoben werden musste.

Volker Bouffier habe sich in besonderem Maße um die vom Bund der Vertriebenen vertretenen Menschen und deren Anliegen verdient gemacht, so BdV-Präsident Dr. Bernd Fabritius. Es sei insbesondere seinem persönlichen Einsatz zu verdanken, dass die traditionell in

fruchtbarem Boden wurzelnde vertriebenenpolitische Arbeit im Land Hessen in den letzten Jahren sowohl noch tiefere Wurzeln schlagen als auch frisch austreiben konnte.

Von der Einführung eines Landesgedenktag für die Opfer von Flucht, Vertreibung und Deportation gemeinsam mit Bayern und Sachsen, die zum Vorbild für einen bundesweiten Gedenktag wurde, über die Verankerung des Themas Flucht und Vertreibung in den Hessischen Kerncurricula für die Sekundarstufen I und II bis hin zur Stärkung der thematisch zuständigen Regierungsbeauftragten und zur verbesserten finanziellen Förderung der Vertriebenen und ihrer Verbände: Überall sei die Handschrift eines Ministerpräsidenten und

eines Menschen erkennbar, der ganz selbstverständlich überzeugt davon ist, dass Flucht und Vertreibung zur gesamtdeutschen Geschichte gehören – und dass es bis heute gilt, die Menschen in Hessen mit den Vertriebenen

und ihren Verbänden, mit den Landsmannschaften, mit dem historischen deutschen Osten und den von dort stammenden Menschen vertraut zu machen.

1.5.2 Ehrenplakette des BdV 2021 an Bundesminister Dr. Gerd Müller

Am 23. November 2021 wurde der Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Dr. Gerd Müller, mit der Ehrenplakette des Bundes der Vertriebenen für das Jahr 2021 ausgezeichnet. Auch hiermit setzte das BdV-Präsidium einen einstimmigen Beschluss um und würdigte die menschenrechtliche Dimension der Ehrung.

Dr. Gerd Müller sei, so BdV-Präsident Fabritius, ein überzeugter und überzeugender Menschenrechtler. Sein maßgebliches Verdienst sei es, den grundsätzlichen Zusammenhang zwischen Entwicklungshilfe, Flucht und Vertreibung und den Menschenrechten in den politischen Diskurs implementiert zu haben. Eine durchdachte Entwicklungshilfepolitik sieht der BdV als beste Vorsorgemaßnahme, um Menschen in ihrer Heimat ein auskömmliches Leben zu ermöglichen. Sie ist ein wichtiger Baustein zur Verwirklichung des Rechts auf die Heimat, das der BdV nach wie vor als

ein Menschenrecht begreift. Zum anderen habe Dr. Gerd Müller sich persönlich dafür eingesetzt, dass der Bund der Vertriebenen im Deutschlandhaus am Anhalter Bahnhof in den Räumen seines Bundesministeriums eine Heimat für die Arbeit in Berlin finden konnte. Das Deutschlandhaus hat für den BdV einen hohen Symbolwert, denn die Verbindung zwischen den Vertriebenen und diesem Haus geht auf eine Initiative des Kabinetts Adenauer von 1950 und den damaligen Minister Jakob Kaiser zurück, der den Vertriebenen ein Haus „für immer und ewig als Heimstatt“ versprach. Nach Beginn des Mauerbaus 1961 wurde das damalige „Haus der ostdeutschen Heimat“, das dann im Zuge der neuen Ostpolitik in „Deutschlandhaus“ umbenannt wurde, zu dieser Heimstatt – und blieb es rund fünf Jahrzehnte. Bundesminister Müller hat diese Symbolik erkannt und die konkrete politische Verantwortung angenommen.

2 Aufnahme und Integration

2.1 Spätaussiedler

2.1.1 *Registrierte Spätaussiedler*

Im Jahr 2021 wurden laut Statistik des Bundesverwaltungsamtes (BVA) insgesamt 7.052 Spätaussiedler und Angehörige in Friedland (Niedersachsen), der für die Registrierung von Spätaussiedlern zuständigen Außenstelle des BVA, registriert. Gegenüber dem Jahr 2020 waren es 2.743 Personen mehr.

Der Zuzug findet überwiegend aus der Russischen Föderation (3.595) und Kasachstan (2.674), gefolgt von der Ukraine (407) und Weißrussland (72) statt. Nur vereinzelt werden noch Personen aus Polen (2) und Rumänien (4) aufgenommen.

2.1.2 *Antragszahlen*

Im Jahre 2021 stellten 13.516 Personen einen Aufnahmeantrag.

wurde aus den Staaten der ehemaligen Sowjetunion gestellt.

Das bedeutet gegenüber dem Vorjahr eine Reduzierung von 8.016 antragstellenden Personen. Die überwiegende Anzahl der Anträge

Das BVA hat 2021 Aufnahme- und Einbeziehungsbescheide für 9.844 Personen erteilt. 2020 waren es 5.953 positive Bescheide.

2.1.3 *Schlussfolgerungen*

Sowohl die Zahlen der Aufnahme von Spätaussiedlern im Bundesgebiet als auch jene zur Antragstellung aus den Herkunftsgebieten unterlagen im Pandemiejahr 2021 besonderen statistischen Abweichungen gegenüber den Vorjahren.

positiven Bescheide für antragstellende Spätaussiedler zu beobachten ist. Dies mag unterschiedliche Gründe haben, bedeutet aber auch, dass Spätaussiedler ihre Zukunft in demokratischen Strukturen und in Familienkreisen suchen.

Die Anzahl der eingereichten Personen nahm gegenüber dem Jahr 2020 deutlich zu, obwohl die Aufnahme grundsätzlich weitestgehend unter den erschwerten Rahmenbedingungen wegen der Covid-Pandemie stattfand. Erfreulich ist, dass 2021 eine Steigerung der

Demgegenüber hat sich die Zahl der gestellten Anträge um rund ein Drittel reduziert. Dies liegt möglicherweise daran, dass die Corona-Erkrankung auch Spätaussiedler in ihren Entscheidungen verunsichert und nach Alternativen greifen lässt.

2.2 Projekte, Beratung, Haupt- und Ehrenamt

2.2.1 *Projektbetreuung und Koordinierung*

Der Bund der Vertriebenen ist im Rahmen der Projektförderung des Bundes für die Integration von Zuwanderern Ansprechpartner des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge als Zuwendungsbehörde und partizipiert an öffentlichen Mitteln für die Migrationsberatung für erwachsene Zuwanderinnen und Zuwanderer (MBE).

Die Mittel werden an die Mitgliedsverbände vor Ort weitergeleitet, die die bewilligten Projekte entwickelt haben und durchführen. Die Bundesgeschäftsstelle leistet im Rahmen der

Projektförderung Hilfe bei der Entwicklung der Projekte, übernimmt die Steuerung des Antrags- und Zuwendungsverfahrens, die Weiterleitung der Mittel zur Bewirtschaftung der geförderten Projekte und Prüfung bzw. Erstellung der Verwendungsnachweise.

Darüber hinaus koordiniert die Bundesgeschäftsstelle die Projektförderung und begleitet Evaluationsmaßnahmen. Weiterhin werden Schulungen für Ehrenamtliche im Bereich Integration von der Bundesgeschäftsstelle durchgeführt bzw. an Mitgliedsverbände vermittelt.

2.2.2 *Migrationsberatung für erwachsene Zuwanderer und Zuwanderinnen*

Für die Beratung von Spätaussiedlern und Migranten durch die Mitgliedsverbände erhielt der Bund der Vertriebenen im Jahre 2021 eine Zuwendung aus Haushaltsmitteln des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat (BMI) über das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF). Damit wurde die Tätigkeit von 37 hauptamtlichen und über 200 ehrenamtlichen Betreuern in der Integrationsarbeit bezuschusst.

Die 37 hauptamtlichen Migrationsberater (MBE-Berater), teilweise in Teilzeit, initiieren, steuern und begleiten den Integrationsprozess von neu zugewanderten Spätaussiedlern, ihren Familienangehörigen, Migranten sowie ausländischen Mitbürgern mit Integrationsbedarf und stehen ihnen für alle Fragen des täglichen Lebens zur Seite. Die MBE-Berater des BdV sind sozialpädagogische Fachkräfte und beraten im Case-Management-Verfahren. Im Berichtszeitraum wurden rund 7.550 Personen beraten. Hinzu kommen noch knapp 2.850 mitberatene Familienangehörige. Über 45 Prozent

der Ratsuchenden sind Spätaussiedler und ihre Familienmitglieder, sie kamen aus den Staaten der ehemaligen Sowjetunion. Die übrigen Klienten sind anerkannte Flüchtlinge aus Syrien, Irak, Afghanistan, diversen afrikanischen Staaten sowie EU-Bürger, v.a. aus Rumänien, Bulgarien, Griechenland. Der BdV unterhält bundesweit 25 feste Beratungsstellen. Diese befinden sich in Aichach, Bad Homburg, Berlin, Bonn, Dresden, Eberswalde, Groß-Gerau, Haldensleben, Hamburg, Hannover, Karlsruhe, Melsungen, München, Neustadt/Weinstraße, Nürnberg, Potsdam, Regensburg, Schönebeck, Stuttgart und Wiesbaden. Hinzu kommen mobile Beratungsstandorte an rund 15 weiteren Stellen, die von den Migrationsberatern mitversorgt werden.

Um die Aufgabe der Migrationsberatung als Zentralstelle für die Träger wahrzunehmen, führt die Bundesgeschäftsstelle regelmäßig Arbeitsgespräche mit den Migrationsberatern durch. In den Sitzungen werden die Vorgaben des Zuwendungsgebers kommuniziert, die

Inhalte der täglichen Arbeit in den Beratungsstellen erörtert und den Mitarbeitern grundlegende Informationen vermittelt, die der täglichen Arbeit dienen. Aufgrund der pandemiebedingten Einschränkungen konnten die Arbeitsgespräche im Berichtszeitraum nicht in Präsenz durchgeführt werden; dies wurde größtenteils durch einen intensiveren Informationsaustausch per E-Mail und Rundmails kompensiert. Auch die gewohnten Fortbildungen für die Berater zu beratungsspezifischen Themen konnten nur im Onlineformat stattfinden. Neben den Koordinierungsaufgaben innerhalb des Verbandes nimmt die Bundesgeschäftsstelle an den Trägergesprächen mit dem BAMF und Abstimmungsgesprächen mit der Bundesarbeitsgemeinschaft der freien Wohlfahrtspflege teil. Hierzu finden regelmäßig Quartalsgesprächsrunden zu Umsetzung und Weiterentwicklung des MBE-Programms statt. Im Berichtszeitraum wurden die Trägergespräche mit dem BAMF per Videokonferenz durchgeführt.

Bereits 2020 hatten der BdV und einige seiner MBE-Träger ihre Beteiligung am Pilotprojekt der Onlineberatung (mbeon) ausgeweitet und intensiviert, mit dem Ziel, Onlineberatung für alle MBE-Berater zu einem festen Beratungskanal zu etablieren. Ab 2021 haben sich der BdV und alle seine MBE-Träger am mbeon-Projekt der Onlineberatung intensiv beteiligt. Mbeon ist zu einem unentbehrlichen Teil der Arbeit jeder Beratungsfachkraft geworden. Seit Januar 2021 wird mbeon nicht mehr überverbandlich, sondern innerverbandlich

2.2.3 Ehrenamtliche Betreuung

Seit Jahrzehnten verfügt der Bund der Vertriebenen über ein effektives, bundesweites Netz von ehrenamtlichen Betreuern, das eng mit den Gliederungen des Verbandes auf Orts-, Kreis-, Landes- und Bundesebene, aber auch

von einer Sachbearbeiterin gesteuert. Die an mbeon mitwirkenden Verbände arbeiten weiterhin auf Bundesebene eng zusammen. Es finden regelmäßige Austauschrunden sowie gemeinsam organisierte Fortbildungen und Webinare statt. So fanden im Jahr 2021 zwei Fortbildungen zum Thema „Blended Counseling“ und „Krisenintervention in der Onlineberatung“ statt. In regelmäßigen Abständen finden außerdem vom BAMF organisierte Arbeitstreffen des Beirates „Onlineberatung“ statt. Daran nehmen alle Wohlfahrtsverbände und der BdV teil.

Die Onlineberatung hat sich, neben der Präsenz-, Telefon- und E-Mail-Beratung, innerhalb kurzer Zeit als fester Beratungskanal in der Beratungspraxis etabliert und ergänzt das Beratungsangebot sinnvoll. Statistisch gesehen wird mbeon insbesondere für kurze Informationsanfragen eingesetzt. Dabei kommt es in Einzelfällen vor, dass sich aus einer reinen Informationsanfrage ein komplexes Beratungsanliegen entwickelt.

Nachdem das System im ersten Halbjahr 2021 technisch stabilisiert wurde, melden sich ca. 500 neue Ratsuchende monatlich bei mbeon an. Das monatliche Nachrichtenaufkommen liegt bei ca. 12.000. Die Anzahl der registrierten Ratsuchenden wird vom System nicht erfasst. Erfasst wird lediglich die Anzahl der Nutzenden, die die App mindestens einmal im Monat geöffnet haben. Anfang Dezember nutzten ca. 1.200 Ratsuchende die App aktiv.

mit den hauptamtlichen MBE-Beratern vor Ort verzahnt ist.

Auch 2021 kam die überwiegende Zahl der Betreuer aus dem Kreis der Vertriebenen,

Aussiedler und Spätaussiedler und fühlt sich dem Ehrenamt aus der Schicksalsverbundenheit heraus in besonderem Maße verpflichtet. Die Ehrenamtlichen bieten ihre Hilfe den unterschiedlichen Zielgruppen der Migrationsberatung, besonders aber auch den Spätaussiedlern und ihren Familienangehörigen an. Aufgrund der eigenen Aussiedlungsgeschichte, der jahrelangen Erfahrung in der ehrenamtlichen Arbeit, der guten Kontakte am Wohnort und der Empathie mit den Anliegen der Ratsuchenden können sie Lösungsansätze auch in schwierigen Situationen aufzeigen.

Hilfe und Solidarität ist allen Ratsuchenden sicher, wenn es darum geht, für jemanden ein amtliches Schreiben zu übersetzen oder zu erläutern, jemanden zum Amt, zum Arzt, zur Apotheke oder zum Einkaufen zu begleiten, einen Antrag oder Widerspruch zu formulieren, das Kind in der Schule oder im Kindergarten anzumelden oder Hilfe bei einer Suchtberatungsstelle oder der Verbraucherzentrale zu vermitteln. Durch gleiches Schicksal verbunden, entwickeln die Ratsuchenden schnell Vertrauen in diese Betreuer und treffen häufig auch auf sprachlich kompetente Menschen. Im Wohnumfeld entwickeln sich häufig gute Beziehungen, die dazu führen, dass betreute Spätaussiedler später selbst zu Betreuern werden und damit die ihnen entgegengebrachte Hilfe zurückgeben.

2.2.4 Seminare für Multiplikatoren im Ehrenamt

Zur Qualitätssicherung der ehrenamtlichen Betreuung bietet die Bundesgeschäftsstelle regelmäßig jährlich mindestens eine zentrale Arbeitstagung an. Da die ehrenamtlichen Betreuer zum überwiegenden Teil der Corona-Risikogruppe angehören, konnte die Arbeitstagung im Berichtszeitraum nicht durchgeführt werden. Um den Informationsfluss und

Beim BdV und seinen bis in die untersten regionalen Gliederungen greifenden Strukturen finden Interessierte, die für die Ausübung des Ehrenamtes notwendigen Rahmenbedingungen: Anbindung an feste Strukturen, bei denen man auf Gleichgesinnte trifft, in denen man Erfahrung austauschen kann, Problemlösungen erörtern und finden kann, wo es sowohl öffentliche als auch persönliche Anerkennung für die geleistete Arbeit gibt, wo man Informationen, Fortbildung und Qualifizierung findet.

Der Bedarf an ehrenamtlicher Arbeit im Integrationsbereich ist als flankierende Maßnahme zu den vielfältigen Integrationsprogrammen des Bundes, der Länder und Kommunen erheblich. Die ehrenamtlichen Betreuer, die schon seit Jahren soziale Beratung und Betreuung leisten, wurden durch Schreiben und in Veranstaltungen aufgefordert, die Migrationsberatung zu unterstützen, indem sie die Neuzuwanderer über die bundesgeförderte Migrationsberatung (MBE) informieren, sie dort hinführen und eine Funktion als Integrationslotse übernehmen.

Allein die über 200 durch das BAMF bezuschussten Ehrenamtlichen betreuten trotz der Corona-Pandemie bundesweit über 11.300 Personen. Allein der nachgewiesene Betreuungsaufwand betrug über 23.800 Stunden.

den engen Kontakt zu den Ehrenamtlichen dennoch weiterhin zu gewährleisten, wurde das Format des fachspezifischen Newsletters verstärkt genutzt. Somit konnten über insgesamt sechs Newsletter alle Ehrenamtlichen erreicht und auf den jeweils neuesten Stand hinsichtlich sozial- und rechtspolitischer Themen gebracht werden.

3 Wanderausstellungen

3.1 Vorbemerkung

Der Bund der Vertriebenen führte im Jahr 2021 die Präsentation der Wanderausstellungen der Stiftung Zentrum gegen Vertreibungen (ZgV) „Die Gerufenen – Deutsches Leben in Mittel- und Osteuropa“, „Erzwungene Wege – Die Vertreibungen im Europa des 20. Jahrhunderts“, „Angekommen – Die Integration der Vertriebenen in Deutschland“ sowie „In Lagern Schicksale deutscher Zivilisten im östlichen Europa 1941-1955“ fort. Gefördert wurden diese Wanderausstellungen durch das Bundesministerium des Innern, für Bauen und Heimat aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages.

Alle Ausstellungen enthalten wichtige Informationen zur Geschichte und zum Schicksal eines Teils der Deutschen. Sie werden dem Betrachter und Leser in moderner und komprimierter Form an Orten dargeboten, die öffentlich zugänglich und kostenfrei zu betreten sind. Damit kann auch ein Publikum erreicht werden, das diese Informationen nicht gezielt sucht, sondern durch die Präsenz der Ausstellungen vor Ort damit konfrontiert wird.

Auch in diesem Jahr brachte die Corona-Pandemie das öffentliche Leben weitgehend zum Stillstand. Museen, Rathäuser und Landratsämter waren größtenteils für den Publikumsverkehr geschlossen. Dennoch ließen sich einige Veranstalter davon nicht aufhalten und präsentierten die Ausstellungen der Stiftung Zentrum gegen Vertreibungen unter Einhaltung von Hygienemaßnahmen der Öffentlichkeit. Sechs Ausstellungsnehmer sagten ihre Termine jedoch pandemiebedingt ab.

2021 waren „Erzwungene Wege“ 8 Tage, „Angekommen“ 50 Tage, „In Lagern“ 38 Tage und

„Verschwunden“ 30 Tage in Ausstellung. „Erzwungene Wege“ gastierten in Fürstenwalde, „Angekommen“ in Falkenberg/Elster, „In Lagern“ in Vechta und „Verschwunden“ in Neugablonz/Kaufbeuren. Aufgrund der Corona-Pandemie und unterschiedlicher örtlicher Inzidenzwerte war die Durchführung eines vielfältigen Begleitprogramms nur sehr eingeschränkt möglich. Die Besucher konnten die Ausstellungen besuchen und sich mit dem Thema eigenständig auseinandersetzen. Die Ausstellungsnehmer standen für Rückfragen zur Verfügung.

Dennoch konnten gelungene Ausstellungseröffnungen durchgeführt werden, in denen Mitglieder des BdV-Präsidiums, Vertreter des Bundesverbandes und Vertreter aus der Kommunalpolitik und der örtlichen Verbandsarbeit einführende Reden bzw. Grußworte hielten. Die Ausstellungseröffnung in Falkenberg/Elster wurde mit der feierlichen Einweihung eines Gedenksteines für Opfer von Krieg, Flucht, Vertreibung und Gewalt verknüpft.

Außerdem konnten unter Einhaltung der Corona-Maßnahmen zwei interessante Begleitveranstaltungen in Falkenberg/Elster unter Einbeziehung örtlicher Schulen und in Vechta mit dem dortigen Verband der Deutschen aus Russland durchgeführt werden.

Immer wieder gelingen auch Bemühungen, Schulen, Lehrer und Schüler für die Ausstellungen zu begeistern. So besuchte z.B. ein Lehrer des Gymnasiums Lohne die Ausstellung in Vechta mit Schülern im Alter von 18/19 Jahren im Rahmen des Unterrichtsthemas „Das deutsch-polnische Verhältnis im 19. und 20. Jahrhundert“.

Die Verankerung des Themas im gesellschaftlichen Bewusstsein ist eines der wesentlichen Ziele. Erreicht werden diese durch Wissensvermittlung, generationsübergreifenden Dialog und mit Hilfe verschiedener Zusatzmodule, die die Flucht und Vertreibung betroffener Menschen bildlich und geografisch veranschaulichen.

Gleichzeitig sollen die Ausstellungen vor allem an die junge Generation appellieren sich für Menschenrechte und ein friedliches Miteinander in Europa einzusetzen. Hierfür ist ein Mindestkonsens über bzw. eine Akzeptanz jeweils unterschiedlicher, auch kulturell geprägter Geschichtsbilder nötig.

Die fünfteilige Ausstellungsreihe ist ein gutes Mittel, um den Unterricht abwechslungsreicher zu gestalten und ein wichtiges Thema der deutschen sowie europäischer Geschichte zu behandeln, welches leider nur in zwei Bundesländern im Curriculum des Geschichtsunterrichts zu finden ist. Das Thema muss jedoch stärker in das öffentliche Bewusstsein

rücken, damit alle vorhandenen Wissenslücken geschlossen werden.

Die Wanderausstellungen vermitteln anschaulich, wie die Völker und Staaten durch die Geschichte miteinander verbunden sind. Zudem wird mit Blick auf die aktuelle Flüchtlingsproblematik für ein tolerantes, friedliches Miteinander sensibilisiert. Deutlich wird auch, dass auch Deutsche ein (Binnen-) Flüchtlingschicksal erlebt haben.

Mit den Wanderausstellungen ist sichergestellt, dass auch zukünftig die Informationsvermittlung über das facettenreiche deutsche Leben in den früheren Siedlungsgebieten, die Geschichte und Kultur der Deutschen im östlichen Europa und über den sich der Vertreibung aus diesen und anderen Gebieten ergebenden Folgen für Deutschland bzw. Europa am Leben und in Erinnerung gehalten wird. Sie sind ein notwendiges, leicht verständliches und anschauliches Mittel, um verständigungspolitisch auf der Ebene von Mensch zu Mensch zu wirken.

3.2 Stationen der Ausstellungen

3.2.1 *Erzwungene Wege – Flucht und Vertreibung im Europa des 20. Jahrhunderts*

Kulturfabrik Fürstenwalde

Domplatz 7, 15517 Fürstenwalde

10. März 2021 bis 9. Mai 2021

3.2.2 *Angekommen – Die Integration der Vertriebenen in Deutschland*

Aula – Verwaltungsstandort Falkenberg/Elster

Heinrich-Zille-Straße 9a, 04895 Falkenberg/Elster

6. Oktober 2021 bis 24. November 2021

3.2.3 *In Lagern – Schicksale deutscher Zivilisten im östlichen Europa 1941-1955*

Landratsamt Vechta

Ravensberger Straße 20, 49377 Vechta

13. September 2021 bis 21. Oktober 2021

3.2.4 *Verschwunden – Orte, die es nicht mehr gibt*

Isergebirgs-Museum Neugablonz

Marktgasse 8, 87600 Kaufbeuren

1. Dezember 2021 bis 31. Mai 2022

4 Grundsatzfragen, Jugendarbeit, Zeitzeugen

4.1 Grundsatzfragen

Für das Grundsatzreferat war der Schwerpunkt im Berichtszeitraum die thematische und inhaltliche Vor- und Nachbereitung der trotz pandemiebedingter Einschränkungen durchgeführten Sitzungen und Veranstaltungen. Hier sind vor allem zu nennen die Bundesausschusssitzung, die Bundesversammlung, die Präsidiumssitzungen, die zentrale Auftaktveranstaltung zum Tag der Heimat in Berlin, die Verleihung der Ehrenplaketten des BdV an Ministerpräsident Volker Bouffier sowie an Bundesminister Dr. Gerd Müller.

Dabei bestand für das Referat auch im Jahr 2021 insgesamt die große Herausforderung darin, bezüglich der pandemiebedingten organisatorischen und inhaltlichen Unwägbarkeiten vorausschauend zu agieren. Es galt Veranstaltungen vorzubereiten – zu Zeitpunkten, zu denen nicht absehbar war, ob sie überhaupt stattfinden dürfen. Dieser Arbeitsaufwand blieb daher bestehen.

Das galt auch für die Gedenkstunde am nationalen Gedenktag für die Opfer von Flucht und Vertreibung am 20. Juni, wo der BdV-Präsident traditionell das Schlusswort spricht. Auch hier zeichnete das Referat inhaltlich für die diesbezügliche Vorbereitung verantwortlich.

Innerverbandlich wurden Stellungnahmen und Vermerke gefertigt, aus denen Schwerpunkte der öffentlichen sowie nicht-öffentlichen Reden, Ansprachen, Vorträge und Grußworte abgeleitet werden konnten. In enger Abstimmung mit dem Bereich Presse- und Öffentlichkeitsarbeit wurde eine Vielzahl an Anfragen und Informationswünschen bearbeitet, die an den Verband herangetragen wurden. Die

Bundesgeschäftsstelle nimmt diesbezüglich eine Schnittstellenfunktion wahr und sichert die Kommunikation mit und zwischen den Mitgliedsverbänden.

Verbandsinterne Korrespondenz, die sich mit den Anliegen der deutschen Heimatvertriebenen und Flüchtlinge, Aussiedler und Spätaussiedler oder Fragen zur Vergangenheit der Vertreibungs- und Herkunftsgebiete befassen, obliegt federführend ebenfalls dem Grundsatzreferat. An den BdV herangetragene Vorschläge oder Forderungen wurden für die Gremienarbeit bzw. die Arbeit der Bundesgeschäftsstelle mit sachlichen Empfehlungen unterfüttert.

Konstanter Arbeitsschwerpunkt im Bereich Grundsatzfragen ist die Gewährleistung von Aktualität bei gleichzeitiger Kontinuität in der gesellschaftlichen und politischen, inneren und äußeren Positionierung des BdV. Das politische Geschehen, sowohl im Inland als auch im Ausland, wurde an den Zielsetzungen und Aufgaben des Verbandes gespiegelt, um so möglichst viele Aktionswege zu erhalten.

Relevante politische Veränderungen in den östlichen Nachbarländern sowie den Ländern mit deutscher Minderheit in Osteuropa werden zeitnah eingeordnet, um dem Bundesverband und seinen Mitgliedern wichtige Entscheidungshilfen zur Gestaltung der grenzüberschreitenden Arbeit in und mit diesen Ländern zu liefern.

Aufgabe und Zielvorgabe des Referats ist die Ausschöpfung des gesamten Arbeitsrahmens, um die Themen und zu verabschiedenden

Beschlüsse der Gremiensitzungen stringent vorzubereiten und deren Umsetzung zu begleiten. Das Referat fungiert als wesentliche

Schnittstelle zwischen den Beschlüssen der Gremien und deren Implementierung in die allgemeine Verbandsarbeit.

4.2 Jugendarbeit

Die Jugendarbeit des Bundesverbands konkretisiert sich in koordinierenden, unterstützenden und beratenden Maßnahmen der Jugendverbände der Landsmannschaften sowie ihrer Zusammenarbeit mit der „djo – Deutsche Jugend in Europa“, in welcher die Jugendverbände der Landsmannschaften z.T. Mitglied sind.

Es findet eine kontinuierliche Ansprache der Jugendverbände per E-Mail und Telefon statt, mit der Absicht, noch verstärkter auch Jugendliche zur Teilnahme an zentralen Veranstaltungen des BdV zu motivieren und so die Jugendarbeit der Verbände auch in der Öffentlichkeit stärker sichtbar zu machen. In einem festen Format informiert das Referat die Jugendverbände über relevante Entwicklungen und weist auf Teilnahmemöglichkeiten bei Wettbewerben, Ausschreibungen und Bundesprogrammen hin.

Der 2016 eingeführte „Runde Tisch Jugend beim BdV“ wird weitergeführt, fand im Berichtsjahr jedoch nicht statt, da keine großen personellen Veränderungen in den Vorständen der Jugendverbände zu verzeichnen war. Es bleibt weiterhin von zentraler Bedeutung, dass das Referat als anerkannter Ansprechpartner

die Fäden zusammenführt und die wechselnden Akteure miteinander bekannt macht.

Auf Betreiben des Jugendreferats fand eine zielgerichtete Ansprache der Jugendverbände statt, mit der Absicht, noch verstärkter auch Jugendliche zur Teilnahme an zentralen Veranstaltungen des BdV zu motivieren und so die Jugendarbeit der Verbände auch stärker sichtbar zu machen. Dadurch konnten beim Tag der Heimat am 28. August in Berlin Abordnungen aus den Jugendverbänden begrüßt werden. Einer der entscheidenden Motivationspunkte war dabei, dass bei solchen Veranstaltungen die Vertreter der Jugendverbände in den Dialog mit den Vertretern der Verbände der deutschen Minderheiten aus den osteuropäischen Nachbarländern treten und den grenzüberschreitenden Ansatz vertiefen können.

Ebenfalls als Erfolg ist zu werten, dass bei den landsmannschaftlichen Jugendverbänden innerhalb des Dachverbands der djo eine verstärkte Zusammenarbeit stattfindet, um landsmannschaftliche Interessen zu bündeln und der eigenen Stimme höheres Gewicht zu verleihen.

4.3 Zeitzeugen

Die ab dem Jahr 2015 aufgebaute Zeitzeugendatenbank beim BdV wird weiterhin angefragt. Jährlich – so auch im Berichtszeitraum – erreichen den BdV eine Anzahl von Anfragen zur Vermittlung von Zeitzeugen im sehr hohen

zweistelligen Bereich. Datenbankpflege und Bewerbung möglicher Zeitzeugengespräche bzw. -einsätze in den Reihen der Vertriebenenverbände und der Landsmannschaften mussten koordiniert werden. Der Umfang der

Zeitzeugendatenbank beläuft sich weiterhin auf knapp 350 Zeitzeugen bundesweit.

Auf der Grundlage der Zeitzeugendatenbank wurde die Vermittlung von Zeitzeugen an Schulen, Universitäten, Jugendforen, Podiumsdiskussion, aber auch für Interviews, Radio- und Fernsehbeiträge etc. fortgesetzt. Hilfreich ist dabei die Auffindbarkeit des Projektes über die BdV-Homepage, da dort das Prozedere der Vermittlung eines Zeitzeugen knapp und übersichtlich dargestellt wird.

Im Berichtszeitraum wurde verstärkt die Generationen der Nachkriegsgeborenen angesprochen: Menschen, die ab den 1950er Jahren als Vertriebene und Aussiedler, ab

1993 als Spätaussiedler ihre Heimat verlassen mussten, können mit ihrem Erfahrungsschatz wesentlich zum Verständnis der Lebensbedingungen der deutschen Minderheiten in sozialistischen Mehrheitssystemen Osteuropas beitragen. Sie werden als Zeitzeugen zunehmend wichtiger, je länger der Zusammenbruch des Ostblocks zurückliegt.

Das Zeitzeugenprojekt ist eine hervorragende Plattform des Wissensaustauschs zwischen den Generationen. Die Rückmeldungen nach erfolgreich durchgeführten Projekten mit Zeitzeugen belegen nachdrücklich, dass in der Gesellschaft nach wie vor ein großes Interesse daran besteht, mit Zeitzeugen ins Gespräch zu kommen.

5 Verständigungs- und Bildungspolitik

5.1 Verständigungspolitik

Bei Maßnahmen, die der Förderung des friedlichen Miteinanders mit den Völkern Ost-, Ostmittel- und Südosteuropas dienen, nimmt die Bundesgeschäftsstelle Koordinierungsaufgaben wahr und stimmt mit dem BMI die Förderung von Projekten im Rahmen der Maßnahmen zur Verständigungspolitik ab. Hierzu zählen die Unterstützung der Mitgliedsverbände bei der Beantragung von Fördermitteln wie auch Beratungsangebote für die Durchführung verständigungspolitischer Maßnahmen.

Dieser Arbeitsbereich und der verständigungspolitische Austausch insgesamt konnten im Vergleich zu 2020 aufgrund langsam fallender Corona-Beschränkungen gerade in der Jahresmitte wieder etwas intensiviert werden. Hierbei fanden vor allem der Austausch und die Zusammenarbeit mit den deutschen Volksgruppen in den östlichen Nachbarstaaten und ihren Selbstorganisationen wieder in verstärkter Form statt.

Aufgrund der anhaltenden Pandemielage wurden physische Kontakte aus Vorsicht immer noch eingeschränkt und geplante Begegnungsfahrten mussten wegen wechselnder behördlicher Auflagen und Einreisebeschränkungen schließlich doch vertagt werden. Durch die zunehmende Digitalisierung und die gewachsenen Fähigkeiten aller Beteiligten im digitalen Raum, konnten viele Veranstaltungen dennoch in anderer Form stattfinden, Kontakte online gepflegt und so die Verbindungen in unsere Nachbarländer aufrechterhalten werden.

Gerade bei Maßnahmen zur Förderung des friedlichen Miteinanders mit den Völkern Ost-,

Ostmittel- und Südosteuropas konnten mehr Anträge der Mitgliedsverbände im Vergleich zum Vorjahr registriert werden.

Weiterhin konnten Beratungsangebote seitens der Bundesgeschäftsstelle für die Durchführung verständigungspolitischer Maßnahmen gemacht werden. Auch hier ist positiv hervorzuheben, dass ein wieder gestiegenes Interesse an der Beantragung und Umsetzung von Veranstaltungen zu verzeichnen war. Die Kontakte und Beratungsangebote konnten vorwiegend über Telefonate, aber auch per E-Mail oder Videochat durchgeführt werden. Für die Anliegen der deutschen Volksgruppen stand die Bundesgeschäftsstelle ebenfalls als Ansprechpartner zur Verfügung. Dies betraf auch Anfragen von verbandsexternen Vertriebenen, Aussiedlern, Spätaussiedlern und deren Nachkommen, die um Unterstützung und/oder Kontaktvermittlung ins In- und Ausland baten, um sich verständigungspolitisch engagieren zu können.

Die Bundesgeschäftsstelle fungierte zudem als Mittler bei Anfragen zu Kontakten, zur Organisation von Veranstaltungen und Reisen oder zur Förderung im Allgemeinen. Auch in diesem Jahr nahm sie zudem die Aufgabe wahr, die Mitgliedsverbänden bei der Durchführung von Veranstaltungen unter Einhaltung der – teilweise stark wechselhaften und zwischen den europäischen Nachbarländern sowie den einzelnen deutschen Bundesländern unterschiedlichen – Abstands- und Hygieneregeln zu unterstützen und zu ermutigen. Ebenso konnte die Umsetzung von Online-Veranstaltungen beratend begleitet und Rückfragen zur Einrichtung und Durchführung solcher

Veranstaltungen mittels Online-Videoportalen, zu erforderlicher Software und Hardware sowie zur Vermarktung im Internet beantwortet werden.

Die Bundesgeschäftsstelle hat außerdem Online-Formate selbst durchgeführt und so wertvolle Erfahrungen gesammelt, die erfolgreich an die Mitgliedsverbände weitergegeben werden konnten.

5.2 Bildungspolitik

Im Bereich der Bildungspolitik konnte die Bundesgeschäftsstelle wieder verstärkte Aktivitäten verzeichnen. Neben der Beratung der Landesverbände und Landsmannschaften zu geplanten oder angedachten Maßnahmen oder zu Gewinnung von Kooperationspartnern, konnten auch inhaltliche Vorschläge für Themen gemacht werden, die sich z.B. an Jahrestagen orientierten. Auch hier stand die Bundesgeschäftsstelle beratend zur Verfügung, wenn es um die Durchführung von Veranstaltungen unter Einhaltung Abstands- und

Erfreulich hervorzuheben ist schließlich, dass in diesem Jahr wieder verständigungspolitische Begleitveranstaltungen zu den Wanderausstellungen der Stiftung ZENTRUM GEGEN VERTREIBUNGEN angeboten werden konnte. Wenn gleich einige beantragte Veranstaltungen abgesagt werden mussten, da die Ausstellungen aufgrund der vorherrschenden Corona-Regularien nicht gezeigt werden konnten, zeigt sich auch hier – wie im gesamten Bereich Verständigungspolitik – ein positiver Trend.

Hygieneregeln sowie die Umsetzung von Online-Formaten ging.

Als anerkannter Träger der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) hat die Bundesgeschäftsstelle ihre Tätigkeit wieder intensiviert und eine Online-Veranstaltung selbst erfolgreich durchgeführt, die auf großes Interesse gestoßen ist. Aufgrund dieser erfreulichen Erfahrung soll dieser Arbeitsbereich weiter ausgebaut werden.

6 Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

6.1 Allgemeines

Obwohl auch 2021 zahlreiche Veranstaltungen – bedingt durch die Corona-Pandemie – nicht stattfinden konnten, begleitet hohes öffentliches sowie Medieninteresse die Arbeit des Bundes der Vertriebenen im Bereich Presse- und Öffentlichkeitsarbeit. Dies spiegelte sich im Internet, in der Tagespresse und z.T. auch in Rundfunk- und Fernsehanstalten wider.

Die Positionen des Verbandes zu aktuellen Ereignissen und Themen wurden überwiegend über Pressemitteilungen und kürzere Statements kommuniziert. Mittels redaktionell erstellter Presstexte wurde über eigene Veranstaltungen und Termine berichtet. Die Veröffentlichungen fanden positive Resonanz. Jahr für Jahr wächst dabei die Bedeutung der Internetseite und insbesondere der Auftritte des BdV in den sozialen Medien, gerade im Hinblick auf ein jüngeres Zielpublikum.

Angeregt von diesen Veröffentlichungen bzw. von der Arbeit des BdV fragten Journalisten der Printmedien, von Rundfunk- und Fernsehanstalten sowie ausländische Korrespondenten zu Arbeitsfeldern und Positionen an, wünschten Interviews mit Vertretern des Verbandes oder Hintergrundinformationen. In

bewährter Weise wurden Informationsanfragen in enger Abstimmung mit dem Bereich Grundsatzfragen bearbeitet.

Besondere thematische Schwerpunkte waren 2021 u.a. die Eröffnung des „Dokumentationszentrum Flucht, Vertreibung, Versöhnung“, die Verleihung des Franz-Werfel-Menschenrechtspreises an Bundespräsident a.D. Dr. h.c. Joachim Gauck, die Bundestagswahl und deren Auswirkungen auf den verständigungs- und kulturpolitischen Bereich sowie die Neuwahl des BdV-Präsidiums. In enger Abstimmung mit dem Grundsatzreferat erarbeitete Positionierungen zu den verschiedenen Themen wurden den Medien sowie der interessierten Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt.

Thematisch blieben 2021 überdies die Positionen des BdV zur Altersarmut bei Spätaussiedlern, der Gedenktag zu 100 Jahren Volksabstimmung in Oberschlesien, zur grenzüberschreitenden Arbeit des Verbandes und seiner Mitglieder sowie zur politischen Vertretung der Verbandsthemen in der Bundes- bzw. den Landesregierungen im Fokus

6.2 DOD – Deutscher Ostdienst

Die Zeitschrift „DOD – Deutscher Ostdienst“ ist zunächst ein Spiegel der verständigungspolitischen Aktivitäten des Gesamtverbandes, wie sie auf den verschiedenen Ebenen der Gliederungen geleistet wird. Dazu kommen Berichte aus denjenigen Museen, Einrichtungen und Institutionen, die einen klaren

verständigungspolitischen Schwerpunkt haben. Außerdem berichtet die Zeitschrift über die zentralen Veranstaltungen, die Gremienarbeit des Bundesverbandes sowie die überregional wichtigen Termine der Mitgliedsverbände, um den Erfolgen, der weiteren Planung sowie der öffentlichen Würdigung der

geleisteten Verständigungsarbeit ein Forum zu bieten.

Adressaten sind daher zum einen in besonderer Weise Multiplikatoren bzw. Fachleute in Politik und Kultur. Viele wichtige Entscheidungsträger im Deutschen Bundestag, in den Landesparlamenten, der Bundes- und den Landesregierungen und in den zuständigen Ministerien bzw. der Verwaltung erhalten den DOD, dazu die Redaktionen der Vertriebenenzeitungen bundesweit sowie der Zeitungen der deutschen Minderheiten in Ostmittel-, Ost- und Südosteuropa. Etliche der weit über 100 Presseorgane in den Verbandsgliederungen drucken regelmäßig Berichte aus der Zeitschrift nach oder veröffentlichen diese auf ihren Internetseiten und erhöhen so mittelbar deren Reichweite.

Zum anderen richtet sich die Zeitschrift aber traditionell an Verbandsmitglieder, die umfassend und zentral über die im besonderen Bundesinteresse geleistete Arbeit des Verbandes und seiner Mitglieder, insbesondere im verständigungspolitischen und grenzüberschreitenden Bereich, informiert werden müssen, sowie an die thematisch interessierte Öffentlichkeit.

Schwerpunktthemen blieben Flucht und Vertreibung, Kultur und Geschichte der ehemaligen deutschen Ostgebiete und der Deutschen im östlichen Europa, Geschichte und Eingliederung der Aussiedler und Spätaussiedler, die Situation der deutschen Minderheiten in Europa und Fragen der Verständigungspolitik, auch mit den Nachbarländern, die aktuelle Flüchtlingslage und allgemeine Fragen der Migration und Integration, menschenrechtliche Fragen sowie die zentralen Verbandsveranstaltungen, in denen sich die aufgezählten Themen wiederfinden. Eine zentrale Stelle nimmt in jeder Ausgabe die Berichterstattung über die kulturellen und wissenschaftlichen Einrichtungen

und Aktivitäten der Landesmuseen ein, die sich mit den historischen deutschen Ostgebieten und den Siedlungsgebieten der Deutschen in Ostmittel-, Ost- und Südosteuropa beschäftigen.

Ziel der Berichterstattung im DOD bleibt es, auch außenstehenden Lesern ein grundlegendes Verständnis für das Schicksal und die berechtigten Anliegen der Vertriebenen und Aussiedler sowie für die Arbeit des Gesamtverbandes zu vermitteln und die gesamtgesellschaftliche Relevanz des Themas sowie die verständigungspolitische Ausrichtung des Verbandes darzustellen.

Gleichzeitig übernimmt der DOD die Berichtspflicht über durch den Bund geförderte Maßnahmen im Bereich der Vertriebenen und Aussiedler, für die das Bundesinteresse bereits durch die Förderung nachgewiesen ist und die sich fast ausschließlich im Bereich der verständigungspolitischen Arbeit bewegen. Obwohl der Zuwendungsgeber großes Interesse an einer öffentlichen Berichterstattung über diese Aktivitäten hat, erfolgt diese in den Leitmedien oder der Lokalpresse zögerlich. Seine daraus resultierende Mitbedeutung als Evaluationsorgan über den Erfolg der projekt- und institutionell geförderten Bundesmaßnahmen hat der DOD auch 2021 verfolgt.

Besondere Beachtung fanden im Berichtsjahr erneut praktische Hilfestellungen für die Mitgliedsverbände in der Corona-Krise sowie Berichte über die fortschreitende Digitalisierung der Museen und Einrichtungen der Vertriebenen. Ebenfalls ausführlich berichtet wurde über historische Themen, etwa „Flucht als Teil der Menschheitsgeschichte“, die „Gründung des Deutschen Reichs vor 150 Jahren“, über internationale Fragen von Flucht und Vertreibung, etwa zu den Binnenvertriebenen Afrikas, die digitalen Veranstaltungen der Mitgliedsverbände, die aus unterschiedlichen

Anlässen durchgeführt wurden und die Umgestaltung von Museen und Einrichtungen, die die Corona-Zwangspause für Modernisierungs- und Digitalisierungsmaßnahmen genutzt haben. Die politischen Gespräche des Präsidenten bzw. des Präsidiums mit politischen Partnern sowie vertriebenenpolitische Entwicklungen in den Bundesländern waren ebenfalls ein dauerndes Berichtsthema.

Veranstaltungsvorschauen für die Gliederungen sowie die unterschiedlichen, thematisch verwandten Institutionen und Museen erfreuen sich nach wie vor großer Beliebtheit, selbst wenn viele dieser Veranstaltungen digital oder hybrid stattfinden, und runden zusammen mit Besprechungen aktueller Buch-Neuerscheinungen die Berichterstattung ab.

6.3 Online-Präsenz und Social Media

Die Internetseite des Verbandes unter www.bund-der-vertriebenen.de ist ebenso wie die social media-Präsenz zu einem unverzichtbaren Bestandteil der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit des Verbandes geworden. Social-Media-Accounts werden bei Facebook, Twitter und YouTube unterhalten und fortwährend gepflegt. Auf allen Kanälen wird über wichtige verständigungspolitische und verbandspolitische Fragen informiert. Veranstaltungen des Verbandes werden teilweise online live übertragen oder sind später auf den Social-Media Kanälen abrufbar. Auf der Startseite im Internet wird regelmäßig auf aktuelle Themen hingewiesen, über die Veranstaltungen wird umfangreich berichtet.

Insbesondere für Journalisten ist die Internetseite eine unverzichtbare Quelle, zugleich

erfüllt die Seite auch eine wichtige Archivfunktion insbesondere zur jüngeren Geschichte des Verbandes. So ist über die Internetseite auch der Zugang zum digitalen Archiv des DOD möglich, der komplett digitalisiert und nach Stichworten durchsuchbar zur Verfügung steht.

Genauso wichtig ist die Social-Media-Präsenz des Verbandes, insbesondere bei Facebook. Alle Mitteilungen werden dort veröffentlicht und entfalten eine deutliche Breitenwirkung. Auch andere aktuelle Themen, die nicht in Form einer Pressemitteilung veröffentlicht werden, finden dort ihren Niederschlag. Durch die Interaktivität sozialer Netzwerke führt das zu Diskussionen und Rückfragen interessierter Bevölkerungskreise, aber auch von Journalisten.

7 Zentrale Aufgaben

7.1 Haushalt und Organisation

Wie in den Vorjahren nahm die Bundesgeschäftsstelle die Planung, Umsetzung, Aufsicht und Kontrolle der finanziellen und wirtschaftlichen Grundlagen des Gesamtverbandes wahr. Dazu gehörte u.a. die Aufstellung, Durchführung und Abrechnung des institutionellen Haushaltes sowie der Projekthaushalte innerhalb der Bundesgeschäftsstelle.

Zentrale Veranstaltungen wie z.B. Jahresempfang, Bundesausschuss, Tag der Heimat, Kranzniederlegung, Bundesversammlung, Plakettenverleihung, MBE-Arbeitsgespräche sowie Sitzungen des Präsidiums konnten 2021 trotz der Corona-Pandemie teilweise wieder präsent stattfinden. Sitzungen des Präsidiums und MBE-Arbeitsgespräche wurden aber weiterhin teilweise in digitaler Form organisiert und umgesetzt. Die Bundesgeschäftsstelle wirkt koordinierend und unterstützend für die

Zusammenarbeit des Bundesverbandes und der Mitgliedsverbände mit der Bundes- und den Landeszentralen für politische Bildung.

Die Betreuung der Bibliothek und des Archivs, die sich in den Räumlichkeiten der Bundesgeschäftsstelle befinden, blieb eine wichtige Aufgabe und eine Hilfe für die in den verschiedenen Bereichen zu leistende Arbeit.

Auch 2021 wurden wieder zahlreiche Personen für ihre Verdienste für den Verband und dessen Anliegen geehrt und mit Silbernen und Goldenen Ehrennadeln ausgezeichnet. Dies geschah wegen der anhaltenden Corona-Pandemie in der Regel digital bzw. unter Einhaltung der Abstands- und Hygieneregeln, sofern präsenste Veranstaltungen im Verband stattfanden.

7.2 Vertriebenen- und spätaussiedlerspezifische Anfragen

Im Rahmen der allgemeinen Vertriebenenfragen standen die Bereiche der Renten- und Sozialgesetze im Vordergrund. Die Altersarmut von Spätaussiedlern ist ein Thema, das sich in den Familien, aber auch in Politik und Gesellschaft als eines der drängendsten darstellt. Die Nachteile für Spätaussiedler in der Rente müssen im Sinne der sozialen Gerechtigkeit ausgeglichen werden. Fragen der Wiedergutmachung für Schäden an Leib und Leben sowie der völkerrechtswidrigen Konfiskationen des Eigentums Deutscher waren auch Gegenstand von Anfragen.

Im Zusammenhang mit melderechtlichen und personenstandsrechtlichen Einträgen hat die

Bundesgeschäftsstelle immer wieder Anfragen von Vertriebenen und deren Nachkommen zur korrekten Eintragung des Geburtsortes beantwortet.

Anfragen zur Familienforschung, wegen fehlender Personenstandsurkunden und Erbsuchanfragen konnten zufriedenstellend bearbeitet oder an entsprechende Stellen verwiesen werden.

Zunehmend wenden sich Nachkommen von deutschen Heimatvertriebenen an die Bundesgeschäftsstelle und erbitten Informationen zu Einzelschicksalen, zu Flucht und Vertreibung aus bestimmten Regionen und zum Schicksal

bzw. Aufenthalt von Verwandten nach der Vertreibung. Hier offenbaren sich viele Wissenslücken zum eigenen Familienschicksal, aber

auch zum geschichtlichen Tatbestand von Flucht und Vertreibung nach dem Zweiten Weltkrieg.

7.3 Datenschutz

Zu den Aufgaben der Bundesgeschäftsstelle im Berichtszeitraum gehörte weiterhin auch die Umsetzung der Datenschutzgrundverordnung (DSGVO). Da der Bund der Vertriebenen personenbezogene Daten einer besonderen Kategorie nach Art. 9 DSGVO erhebt, speichert und verarbeitet, sind von der Bundesgeschäftsstelle besondere Anforderungen an die Datensicherheit zu beachten, die durch den Datenschutzbeauftragten zu überwachen

sind. Das gilt auch für die Mitgliedsverbände, die eigene Datenschutzbeauftragte haben. Das für die Mitgliedsverbände bestehende, umfangreiche Serviceangebot der Bundesgeschäftsstelle zum Datenschutz und zur Datensicherheit wurde aufrechterhalten und aktualisiert. Auf der Internetseite stehen im Mitgliederbereich erforderliche Vordrucke, Formulare und weitere Informationen abrufbar bereit.

7.4 Korruptionsprävention

Die Bundesgeschäftsstelle setzt die Richtlinie der Bundesregierung zur Korruptionsprävention in der Bundesverwaltung vom 30. Juni 2004 durch entsprechende personelle und organisatorisch-administrative Maßnahmen um. Die Verhaltensstandards zur Korruptionsprävention werden für alle Beschäftigten

schriftlich verbindlich gemacht. Diese schriftliche Verpflichtung ist Bestandteil der Personalakten. Darüber hinaus werden die Beschäftigten anlässlich von Besprechungen mindestens jährlich auf die Korruptionspräventionsregeln und deren Einhaltung hingewiesen.

8 Organe und Mitglieder des Verbandes (Stand: 31. Dezember 2021)

8.1 Präsidium

Dr. Bernd Fabritius	Präsident
Stephan Grigat	Vizepräsident
Raimund Haser MdL	Vizepräsident
Christian Knauer	Vizepräsident
Stephan Mayer MdB	Vizepräsident
Egon Primas	Vizepräsident
Johann Thießen	Vizepräsident
Rita Hagl-Kehl MdB	Weiteres Mitglied des Präsidiums
Milan Horáček	Weiteres Mitglied des Präsidiums
Steffen Hörtler	Weiteres Mitglied des Präsidiums
Siegbert Ortmann	Weiteres Mitglied des Präsidiums
Brunhilde Reitmeier-Zwick	Weiteres Mitglied des Präsidiums
Editha Westmann MdL	Weiteres Mitglied des Präsidiums
Dr. Maria Werthan	Mitglied des Präsidiums kraft Amtes

8.2 Bundesausschuss

Der Bundesausschuss bestand aus:

- 1. den Mitgliedern des Präsidiums**
- 2. den Vertretern der Landesverbände**

Iris Ripsam	Landesverband Baden-Württemberg
Christian Knauer	Landesverband Bayern
Rüdiger Jakesch	Landesverband Berlin
Harald Heerwagen	Landesverband Brandenburg
Jutta Malla	Landesverband Bremen
Willibald J.C. Piesch	Landesverband Hamburg
Siegbert Ortmann	Landesverband Hessen
Editha Westmann MdL	Landesverband Niedersachsen
Rudi Pawelka	Landesverband Nordrhein-Westfalen
Tobias Meyer	Landesverband Rheinland-Pfalz
Bernhard Krastl	Landesverband Saar
Frank Hirche	Landesverband Sachsen/Schlesische Lausitz

Elfriede Hofmann	Landesverband Sachsen-Anhalt
Fedor M. Mrozek	Landesverband Schleswig-Holstein
Egon Primas	Landesverband Thüringen

3. den Vertretern der Landsmannschaften

Peter-Dietmar Leber	Landsmannschaft der Banater Schwaben
Brigitte Bornemann	Bessarabiendeutscher Verein
Roswitha Möller	Bund der Danziger
Dr. Christian von Boetticher	Deutsch-Baltische Gesellschaft
Johann Thießen	Landsmannschaft der Deutschen aus Russland
Joschi Ament	Landsmannschaft der Deutschen aus Ungarn
Hans Supritz	Landsmannschaft der Donauschwaben
Brunhilde Reitmeier-Zwick	Karpatendeutsche Landsmannschaft
Klaus Plaszczek	Landsmannschaft der Oberschlesier
Dr. Bernd von Sydow	Landsmannschaft Ostbrandenburg/Neumark
Stephan Grigat	Landsmannschaft Ostpreußen
Margrit Schlegel/Adalbert Raasch	Pommersche Landsmannschaft
Thomas Erös	Landsmannschaft der Sathmarer Schwaben
Stephan Rauhut	Landsmannschaft Schlesien – Nieder- und Oberschlesien
Rainer Lehni	Verband der Siebenbürger Sachsen in Deutschland
Bernd Posselt	Sudetendeutsche Landsmannschaft
Dr. Martin Sprungala	Landsmannschaft Weichsel-Warthe
Prof. Dr. Erik Fischer	Westpreußische Gesellschaft

4. den Vertretern der außerordentlichen Mitgliedsverbände

Dr. Maria Werthan	Frauenverband im Bund der Vertriebenen
Dr. Christean Wagner	Stiftung ZENTRUM GEGEN VERTREIBUNGEN
Reinfried Vogler	Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen

8.3 Bundesversammlung

Die Bundesversammlung besteht laut Satzung aus den Mitgliedern des Präsidiums sowie Beauftragten der Mitgliedsverbände, die von diesen benannt werden. Sie hat eine wechselnde

Zusammensetzung. Coronabedingt wurde die Einberufung der Bundesversammlung des Jahres 2020 auf das Jahr 2021 verschoben.

8.4 Landesverbände

Landesverband Baden-Württemberg e.V.

Landesvorsitzende: Iris Ripsam
Schloßstraße 92/III, 70176 Stuttgart
Tel.: 0711/625277, Fax: 0711/610162
Internet: www.bdv-bw.de
E-Mail: zentrale@bdv-bw.de

Berliner Landesverband der Vertriebenen e.V.

Landesvorsitzender: Staatssekretär a.D.
Rüdiger Jakesch
Forckenbeckstraße 1, 14199 Berlin
Tel.: 030/2547343, Fax: 030/2547344
Internet: www.bdv-blm.de
E-Mail: info@bdv-blm.de

Landesverband Bremen e.V.

Landesvorsitzende: Helmuth Gaber
Erbrichterweg 7 a, 28357 Bremen
Tel.: 0421/6393515
E-Mail: helmuth_gaber@web.de

Landesverband Hessen e.V.

Landesvorsitzender: Siegbert Ortmann
Friedrichstraße 35, 65185 Wiesbaden
Tel.: 0611/36019-0, Fax: 0611/36019-22
Internet: www.bund-der-vertriebenen-hessen.de
E-Mail: buero@bdv-hessen.de

Landesverband Nordrhein-Westfalen e.V.

Landesvorsitzender: Rudi Pawelka
Bismarckstraße 90, 40210 Düsseldorf
Tel.: 0211/350361, Fax: 0211/369676
E-Mail: bdv-nrw@gmx.de

Landesverband Saar e.V.

Landesvorsitzender: Bernhard Krastl
Brünesholzstraße 9, 66459 Kirkel
Tel.: 06841/89461, Fax: 06841/890115
E-Mail: bernhard.krastl@t-online.de

Landesverband Bayern e.V.

Landesvorsitzender: Landrat a.D. Christian Knauer
Am Lilienberg 5, 81669 München
Tel.: 089/481447, Fax: 089/482621
Internet: www.bdv-bayern.de
E-Mail: info@bdv-bayern.de

Landesverband Brandenburg e.V.

Landesvorsitzender: Harald Heerwagen
Zum Jagenstein 3, 14478 Potsdam
Tel.: 0331/813686, Fax: 0331/8710174
Internet: www.bdv-lv-brandenburg.de
E-Mail: bdvlandbrandenburg@yahoo.de

Landesverband der vertriebenen

Deutschen in Hamburg e.V.

Landesvorsitzender: Willibald J.C. Piesch
Teilfeld 8, 20459 Hamburg
Tel. und Fax: 040/346359
Internet: www.lvd-hh.de
E-Mail: haus_heimat@web.de

Landesverband Niedersachsen e.V.

Landesvorsitzende: Editha Westmann MdL
Königsworther Straße 2, 30167 Hannover
Tel.: 0511/470661-0, Fax: 0511/470661-3
Internet: www.bdv-ni.de
E-Mail: info@bdv-ni.de

Bund der Vertriebenen und Heimattreuen

Landesverband Rheinland-Pfalz e.V.

Landesvorsitzender: Tobias Meyer
Im Tiefenthal 12, 67454 Haßloch
Tel.: 0177/7749591
Internet: www.bdv-rheinland-pfalz.de
E-Mail: t.meyer@bdv-rheinland-pfalz.de

Landesverband der Vertriebenen und Spätaussiedler im Freistaat Sachsen/Schlesische Lausitz e.V.

Landesvorsitzender: Frank Hirche
Werminghoffstraße 11, 02977 Hoyerswerda/
OT Knappenrode
Tel.: 03571/605187
Internet: www.vertriebene-in-sachsen.de
E-Mail: c.florian-lvs@t-online.de

Landesverband Sachsen-Anhalt e.V.

Landesvorsitzende: Elfriede Hofmann
Straße der Jugend 115, 39218 Schönebeck/Elbe
Tel. und Fax: 03928/421344
Internet: www.bdv-lsa.info
E-Mail: bdv-lsa-sbk@gmx.de

Bund der Heimatvertriebenen e.V.

Landesverband Thüringen

Landesvorsitzender: Egon Primas
Löberwallgraben 1, 99096 Erfurt
Tel.: 0361/6607230, Fax: 0361/6606092
Internet: www.bdv-thueringen.de
E-Mail: bdv@bdv-thueringen.de

Landesverband Schleswig-Holstein e.V.

Landesvorsitzender: Fedor M. Mrozek
Heidberg 12 A, 25813 Husum
Tel.: 04841/720777
E-Mail: brigitte-kinzel7@gmx.de

8.5 Landsmannschaften

Landsmannschaft der Banater Schwaben e.V.

Bundesvorsitzender: Peter-Dietmar Leber
Karwendelstraße 32, 81369 München
Tel.: 089/2355730, Fax: 089/23557310
Internet: www.banater-schwaben.de
E-Mail: landsmannschaft@banater-schwaben.de

Bund der Danziger e.V.

Bundesvorsitzende: Marcel Pauls
Fleischhauerstraße 37, 23552 Lübeck
Tel.: 0451/77303, Fax: 0451/75617
Internet: www.danziger.info
E-Mail: post@danziger.info

**Landsmannschaft der Deutschen aus
Russland e.V.**

Bundesvorsitzender: Johann Thießen
Raitelsbergstraße 49, 70188 Stuttgart
Tel.: 0711/166590, Fax: 0711/2864413
Internet: www.lmdr.de
E-Mail: kontakt@lmdr.de

**Landsmannschaft der Donauschwaben,
Bundesverband e.V.**

Bundesvorsitzender: Hans Supritz
Ravensburger Str. 91, 89079 Ulm
Tel.: 0731/43618, Fax: 0731/483155
Internet: www.haus-donauschwaben.de
E-Mail: info@haus-donauschwaben.de

Bessarabiendeutscher Verein e.V.

Vorsitzender: Brigitte Bornemann
Florianstraße 17, 70188 Stuttgart
Tel.: 0711/4400770, Fax: 0711/4400720
Internet: www.bessarabien.de
E-Mail: verein@bessarabien.de

Deutsch-Baltische Gesellschaft e.V.

Bundesvorsitzender: Andreas Hansen
Herdweg 79, 64285 Darmstadt
Tel.: 06151/43457, Fax: 06151/48302
Internet: www.deutsch-balten.de
E-Mail: info@deutsch-balten.de

**Landsmannschaft der Deutschen aus
Ungarn e.V.**

Bundesvorsitzender: Joschi Ament
August-Karolus-Str. 8 b, 74889 Sinsheim
Tel.: 07261/17667
Internet: www.ldu-online.de
E-Mail: j.ament@ldu-online.de

**Karpatendeutsche Landsmannschaft
Slowakei e.V.**

Bundesvorsitzende: Brunhilde Reitmeier-Zwick
Schloßstraße 92/II, 70176 Stuttgart
Tel.: 0711/626262, Fax: 0711/6201437
Internet: www.karpatendeutsche.de
E-Mail: Landsmannschaft@Karpatenpost.de

Landsmannschaft der Oberschlesier e.V.

Bundesvorsitzender: Klaus Plaszczyk
Bahnhofstraße 71, 40883 Ratingen
Tel.: 02102/68033, Fax: 02102/66558
Internet: www.ober Schlesien.de
E-Mail: bundesverband@ober Schlesien.de

Landsmannschaft Ostpreußen e.V.

Sprecher: Stephan Grigat
Buchtstraße 4, 22087 Hamburg
Tel.: 040/4140080, Fax: 040/41400848
Internet: www.Ostpreussen.de
E-Mail: presse@ostpreussen.de

Landsmannschaft der Sathmarer Schwaben in der Bundesrepublik Deutschland e.V.

Bundesvorsitzender: Thomas Erös
Mühlbaurstr. 14, 81677 München
Tel.: 0151/15011861
E-Mail: TomMuc81677@gmx.de

Verband der Siebenbürger Sachsen in Deutschland e.V.

Bundesvorsitzender: Rainer Lehni
Karlstraße 100, 80335 München
Tel.: 089/23660911, Fax: 089/23660915
Internet: www.siebenbuerger.de
E-Mail: info@siebenbuerger.de

Landsmannschaft Weichsel-Warthe Bundesverband e.V.

Bundessprecher: Dr. Martin Sprungala
Friedrichstraße 35, 65185 Wiesbaden
Tel.: 0611/379787
E-Mail: lww@gmx.de

Landsmannschaft Ostbrandenburg/ Neumark e.V.

Bundesprecher: Dr. Bernd von Sydow
Haus Brandenburg, Parkallee 14,
15517 Fürstenwalde
Tel.: 03361/310952, Fax: 03361/310956
Internet: www.stiftung-brandenburg.de
E-Mail: info@stiftung-brandenburg.de

Pommersche Landsmannschaft e.V.

Sprecherin: Margrit Schlegel
Sprecher: Adalbert Raasch
c/o Margrit Schlegel
Postfach 130268, 45446 Mülheim an der Ruhr
Tel.: 0208/485950
Internet: www.pommersche-landsmannschaft.de
E-Mail: ma.schlegel@gmx.de

Landsmannschaft Schlesien – Nieder- und Oberschlesien e.V.

Bundesvorsitzender: Stephan Rauhut
Dollendorfer Straße 412, 53639 Königswinter
Tel.: 02244/92590, Fax: 02244/9259290
Internet: www.schlesien-lm.de
E-Mail: landsmannschaft@schlesien-lm.de

Sudetendeutsche Landsmannschaft, Bundesverband e.V.

Sprecher und Bundesvorsitzender: Bernd Posselt
Hochstraße 8, 81669 München
Tel.: 089/48000340, Fax: 089/48000344
Internet: www.sudeten.de
E-Mail: info@sudeten.de

Westpreußische Gesellschaft e.V.

Bundesvorsitzender: Prof. Dr. Erik Fischer
Mühlendamm 1, 48167 Münster-Wolbeck
Tel.: 02506/305750, Fax: 02506/305761
Internet: www.westpreussen-online.de
E-Mail: info@westpreussische-gesellschaft.de

8.6 Außerordentliche Mitgliedsverbände

Frauenverband im Bund der Vertriebenen e.V.

Präsidentin: Dr. Maria Werthan
Pochmühlenweg 85, 52379 Langerwehe
Tel.: 02423/1236
Internet: www.frauenverband-bdv.de
E-Mail: Frauenverband-bdv@web.de

Stiftung ZENTRUM GEGEN VERTREIBUNGEN

Vorsitzender: Dr. Christean Wagner
Friedrichstraße 35/V, 65185 Wiesbaden
Tel.: 0611/3601928, Fax: 0611/3601929
Organisationsbüro:
Godesberger Allee 72-74, 53175 Bonn
Tel.: 0228/81007-30, Fax: 0228/81007-52
Internet: www.z-g-v.de
E-Mail: info@z-g-v.de

Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen

Vorsitzender: Reinfried Vogler
Godesberger Allee 72-74, 53175 Bonn
Tel.: 0228/915120
Internet: www.kulturstiftung.org
E-Mail: kulturstiftung@t-online.de

9 Impressum

Herausgeber und Verlag:

Bund der Vertriebenen – Vereinigte Landsmannschaften und Landesverbände e.V.

Godesberger Allee 72-74

53175 Bonn

Telefon: 0228 81007-0

Telefax: 0228 81007-50/52

E-Mail: info@bdvbund.de

Internet: www.bund-der-vertriebenen.de

Gefördert durch:



Bundesministerium
des Innern
und für Heimat

aufgrund eines Beschlusses
des Deutschen Bundestages

Die Arbeit des „Bund der Vertriebenen – Vereinigte Landsmannschaften und Landesverbände e.V.“ wird vom Bundesministerium des Innern und für Heimat gefördert aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages.

Bonn, Juni 2022